



Biwöchlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr. außerhalb incl.  
Post 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer  
fünfhundertseitigen Seite in Beilage 1½ Sgr.

Nr. 403. Morgen-Ausgabe.

Achtundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Inherdem übernehmen alle Post-  
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag  
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Freitag, den 30. August 1867.

## Abonnement für September.

Der Abonnementspreis für diesen Monat beträgt in Breslau 22½ Sgr., auswärts inklusive des Portozuschlags 1 Thlr. 5 Sgr.

Da die königl. Post-Expeditionen nur auf vollständige Quartale Bestellungen ausführen, so ersuchen wir Diejenigen, welche dieses neue Abonnement benutzen wollen, den Betrag von 1 Thlr. 5 Sgr. **Direct und franc** an uns einzufinden, wogegen wir die gewünschten Exemplare pünktlich der betreffenden Postanstalt zur Abholung überweisen werden.

Breslau, den 26. August 1867.

## Expedition der Breslauer Zeitung.

### Die freie Advocatur.

(Schluß.)

Die Gestaltung unserer Rechtspflege, die im Laufe der letzten Jahre zu so nachdrücklichen Klagen, so schneidigen Angriffen im Abgeordnetenhaus veranlaßt gegeben hat, wird in Gneist's Werk über die freie Advocatur einer eingehenden Besprechung unterzogen. Die „ersten, das Vertrauen in das Gerichtswesen tief erschütternden Ereignisse“ nennt der Verfasser als die zwingende Veranlassung, die Gesamtstellung des preußischen Justizpersonals zu erörtern und endlich einmal im Zusammenhang die Geschäftspunkte hervorzuheben, welche bei der Reform von 1849 übersehen, verläumt und verfehlt sind.

Der eng bemessene Raum der Zeitung gestattet uns nur eine kurze Übersicht der trefflichen Gneist'schen Darlegung. Die Folge der Reform von 1849, sagt Gneist, war eine vollständige Deplacirung des Justizpersonals, durch welche das Verhältnis der Gerichte zur Staatsverwaltung umgewandelt worden ist und die Hauptgarantien der deutschen Gerichtsverfassung aufgehoben sind. „Der Schwerpunkt der Gerichtsorganisation concentriert sich auf das Amt der Beschleunigung, dessen Bedeutung man 1849 so gut wie ignorierte.“ Gneist zeigt dann ausführlich, wie zur Zeit des absoluten Regiments dieses Recht in den Händen des Justizministers wenig bedenklich war, wie aber die Verordnung vom 2. Januar 1849 zum Wendepunkte in allen Personalverhältnissen der Justiz wurde. Die Zahl der vom Justizminister zu besetzenden Beamtenstellen wuchs durch Aufhebung der Patrimonialgerichte, Bildung der Staatsanwaltschaften, wozu noch die Rechtsanwalts-Stellen kamen. Das Anciennatsprinzip wurde durchbrochen, und dazu trat die weit tiefer greifende Änderung, welche zwar den Namen der Collegialität weiter durchführt, der Sache nach aber das Wesen der deutschen Justizcollegien aufhebt und nach französischem Muster das System der Commissionen an deren Stelle setzt. „An Stelle des deutschen Einzelrichteramts steht man 500 wechselnde Commissarien, und die collegialischen Kreis- und Appellgerichte löste man in wechselnde Deputationen auf, welche nach außen hin selbstständige Gerichte vorstellen, während sie innerlich keinen anderen Zusammenhang haben, als den Willen eines Vorgesetzten, welcher gerade diese drei, fünf oder sieben Männer für dieses Jahr zu einem fälschlich so genannten Collegium vereinigt. Die Lücken des Gesetzes wurden durch Reglements des Ministers ausgefüllt, welche mit unerbittlicher Umständlichkeit entworfen, den Präsidenten und Collegien nicht so viel Beurtheilungskraft zutrauen, wie einem Bureauchef in anderen Ländern zugewiesen wird. Dadurch wurde jeder Rest collegialischen Geistes radical weggeschafft.“

Diesen Gedanken, den Gneist schon einmal im Abgeordnetenhaus ausgeprochen hat, fährt die Schrift umständlich aus und kommt dann zu folgenden beherrschenden Absäzen:

„Die Folge dieser Einrichtungen ist eine persönliche Abhängigkeit des ganzen Richtersonals und der Staatsanwalte von dem Justizminister, wie sie ohne Beispiel in anderen Ländern ist. ... Da schließlich wieder Amt noch Verdienst noch Kinderzahl bei diesen Besetzungen die Entscheidung nach den vorhandenen Verhältnissen abgeben können, so bleibt nichts übrig als das reine persönliche Ernennen, Gunst oder Ungunst, Fürsprache, auch wohl politische Verdienste.“

Alle diese Missstände erhalten nun erst ihre volle Bedeutung durch die Einführung einer constitutionellen Verfassung, welche die Verwaltung mit der Gesetzgebung, die Regierung mit den Kammern in unvermeidliche Streitfälle bringt. Wenn in solcher Lage eine vernunftwidrige Einrichtung erfunden werden sollte, so würde sie darin bestehen, den Minister, welcher durch die Gesetze gebunden sein soll, diese Gesetze selbst auslegen zu lassen. Dieser Zustand trat in Preußen ein und zwar gleichzeitig mit der Reform des Gerichtswesens. Bei jedem entstehenden Widerspruch der Justiz gegen das bestehende Verwaltungssystem verschwinden folche 1, 3, 5 oder 7 Richter spurlos in kürzester Frist, indem die Verwaltung an der Stelle, auf die es ankommt, das Personal anders gruppiert. ... Kann man von dem Justizminister erwarten, daß er Personen, die sein Verfahren für gesetzwidrig halten, gerade für die wenigen Stellen auswählen werde, an welchen über diese Fragen zu entscheiden ist?“

Die neue constitutionelle Schranke der Verwaltung durch das Beschwerde- und Klagegericht der Kammer wird andererseits befeitigt, wenn die rechtsverstän-digen Abgeordneten in ihren verbindlichen Verhältnissen der zeitigen Verwaltung dientbar werden. Wenn von dieser Seite den Justizbeamten systematisch eingeschüchtert wird, daß sie nicht nur den Willen des Königs, der sich in publizierten Gesetzen befindet, zu ihrer Rücksicht zu nehmen haben, sondern den Willen des Königs, der sich in der Wahl der zeitigen Minister oder mündlichen Aussprüchen befindet, wenn die Disciplinarbedörden den Grundfaß zur Geltung bringen, daß der offensichtliche Widerspruch gegen das zeitige Regierungssystem nicht weniger als die Verleugnung der beideren Treue gegen den König bildet, so hört auch diese Controlinstanz für die Gesetzmäßigkeit der Staatsverwaltung auf.“

Die Abhilfe aller dieser von uns nur kurz angedeuteten Uebelstände findet Gneist in der freien Advocatur, welche es jedem Gerichtsassessor möglich macht, sich jeder Zeit und an jedem Orte als Rechtsanwalt zu etablieren, sowie jeden Richter berechtigt, eine Advocatur zu übernehmen. Zum Schluße kommen dem Autor freilich einige Bedenken über die Wirksamkeit seiner Universalmedizin, er verlangt außer der freien Advocatur noch Herstellung der Ständigkeit und Collegialität der Gerichte.

Gegen den Sanguinismus und die Einseitigkeit Gneist's hat sich, wie erwähnt, der Abgeordnete v. Kirchmann gewandt. Letzterer erkennt die von Gneist aufgedekten Mängel unserer Gerichtsorganisation an, meint aber, daß gegen dieselben auch die freimüthigste Advocatur keinen Schutz biete, daß vielmehr die Ausführung der Gneist'schen Vorschläge, wie alle halben Maßregeln, nur dahin führen werde, daß das Ministerium von seinem Rechte desto rücksichtsloseren Gebrauch macht, ein je energischerer Gegner ihm in der freien Advocatur erwächst. Unter

den von Kirchmann angeführten Gründen heben wir einen hervor, der im Laufe der letzten Jahre wiederholt offenbar geworden ist:

„Alle Entscheidungen der Appellgerichte führen nach den bestehenden Gesetzen zu einem leeren Vorhof herab; die letzte Entscheidung liegt überall in dem Disciplinar-Senat des Obertribunals, über dessen Beseitung der Minister mit der höchsten Vorsicht wachen wird. Indem naturgemäß jede Regierung nur Männer ihrer Meinung in den höchsten Gerichtshof bringen will, liegt auf der Hand, daß selbst die Beseitung des ministeriellen Einflusses bei Bildung des Senates hier keine Hilfe bringen kann. Wenn 20 Jahr lang bei einem höchsten Gerichtshof alle Vacanzen nur in diesem Sinne bevestigt werden, so darf man sich nicht wundern, wenn die Zahl der Mitglieder mit freieren Ansichten so verschwindend klein wird, daß die Regierung bei keiner Bildungsweise der Senate eine Gefahr für ihre Ansichten zu fürchten hat.“

Eine gründliche Abhilfe der Nothstände findet Kirchmann nur in der Beseitung der Directoren- und Präsidentenstellen innerhalb der Justizcollegien und in der gänzlichen Beseitung der Rechte des Justizministers bei Beseitung der Richterstellen, bei Aufrichtungen, Verschreibungen, Beförderungen und überhaupt bei allen Personalfragen. An Stelle des ministeriellen Ernennungsrechtes soll das Princip der Wahl treten.

Gneist hat, zur Freude der „Nord. Allg. Ztg.“, erklärt, „daß ein Wahlsystem auf die Organisation der Gerichte ganz unanwendbar sei“. Dem gegenüber weiß Kirchmann, der dafür von dem offiziellen Blatte gehörig abgekanzelt wird, auf Amerika, auf das früher vielen deutschen Ständeversammlungen zustehende Recht der Richterwahl und vor Alem auf die preußischen Handels- und Gewerbe gerichte hin, bei denen das Wahlprincip sich vorzüglich bewährt. Im Grunde habe dieses Princip tatsächlich unter dem absoluten Regiments bestanden; die Richter wurden auf Vorschlag der betreffenden Collegien gewählt.

Ahnlich, so wünscht Kirchmann, soll es künftig in Preußen geschehen, die Beseitung aller Richterstellen, die Beförderung und die Erledigung aller andern Personalfragen, wie Urlaub, Unterstützung, für die Richter 1. Instanz soll dem Pleno der Appellationsgerichte in ihrem Bezirk übertragen werden, wobei diese in der Auswahl der Personen nur die allgemeinen Gesetze über Qualification zu beachten, aber sonst in dieselben Rechte wie der Justizminister einzutreten hätten. Die Ernennungen würden von ihnen ebenso wie die Urtheile im Namen des Königs erfolgen. In consequenter Entwicklung dieses Princips würde die Beseitung der Stellen bei den Appellationsgerichten dem Obertribunal in gleicher Weise zufallen. Die Auswahl der Mitglieder des Obertribunals soll durch die gewählte Landesvertretung geschehen, und zwar soll in dem höchsten Gerichtshof jede Provinz durch eine der Kopfzahl ihrer Bevölkerung entsprechende Zahl von Richtern vertreten werden. Die Wahlen der Vorsitzenden der Collegien würden von letzterem selbst erfolgen.

Kirchmann vertheidigt seinen Vorschlag gegen jeden erdenklichen Einwand, namentlich gegen die constitutionelle Schablone, erklärt aber seinen Vorschlag nicht für allein selig machend, will vielmehr nur die Diskussion über den Gegenstand anregen. Wir glauben diesen Zweck zu fördern durch vorstehende, selbstverständlich äußerst skizzhafe Darlegung des Kirchmann'schen Ideenganges.

Breslau, 29. August.

Die ministerielle „Prov. Corresp.“ bestätigt, daß Dänemark auf die Vorschläge Preußens in Betreff der nord-schleswigschen Frage einzugehen beginnt. Die Unterhandlungen über die durch den Prager Friedensvertrag in Aussicht genommene Abtretung einiger nord-schleswigschen Gebietsstücke an Dänemark sind bekanntlich durch eine nach Kopenhagen gerichtete Depesche des Berliner Cabinets vom 18. Juni d. J. eröffnet worden, in welcher Preußen als Bedingung einer etwaigen Abtretung gewisse Bürgschaften zum Schutz der dort lebenden Deutschen in Anspruch genommen hatte. Hierauf war von Seiten Dänemarks durch eine Note vom 20. Juli geantwortet worden, in welcher die dänische Regierung zwar gegen die verlangten Bürgschaften vielfach Bedenken und Einwendungen erhob, aber den Vorschlag machte, der Verständigung über die Bedingungen der Abtretung auf dem Wege mündlicher Verhandlungen zwischen besonderen Commissarien näher zu treten. In voriger Woche ist nun von Berlin aus nach Kopenhagen die Mittheilung ergangen, daß Preußen bereit sei, auf die vorgeschlagenen Befreiungen einzugehen. Diese Verhandlungen werden voraussichtlich in Berlin sofort ihren Anfang nehmen, sobald die dänische Regierung in Betreff des ihrerseits zu ernennenden Commissarius eine Wahl getroffen haben wird. Von einer Abtretung von Doppel und Alsen ist nirgends mehr die Rede, zumal wenn es sich bestätigt, daß Frankreich selbst dem dänischen Gouvernement den wohlmeintenden Rath geben, von dieser da die Zeit der dänischen Arroganz erinnernden Forderung freiwillig abzutreten.

Das ministerielle Blatt schließt einen Artikel über die Wahlen mit den Worten:

Die nationale Einigung Deutschlands hat gefährliche Widersacher, deren Ansichten gerade in jüngster Zeit wieder deutlicher hervorgetreten sind. Nur das innige Einverständnis zwischen Volk und Regierung, die feste Vereinigung aller vaterländischen Kräfte kann derartige Ansichten entmächtigen, obwohl, falls sie in Thaten übergehen, sie gegen die Volksmacht drohen. In die Hand des Volkes ist es gelegt, durch patriotische Wahlen ein starkes Volkswerk gegen drohende Gefahren aufzurichten und gleichzeitig für die Entscheidbarkeit Zeugnis abzulegen, mit der es bereit ist, das nationale Werk gegen alle Angreifer zu verteidigen und sicher zu stellen.

Damit sind wir ganz einverstanden, nur warnen wir vor dem Mißverständnis, als befänden sich „patriotische Wahlen“ und „liberale Wahlen“ im Gegensatz; wir meinen, daß gerade jetzt liberale Wahlen eine Notwendigkeit sind, um dem Süden Deutschlands den Beweis zu führen, daß das preußische Volk bei aller Entschiedenheit, „das nationale Werk sicher zu stellen“, doch den Kampf für die freiheitliche Entwicklung im Innern nicht aufzugeben gesonnen, daß es vielmehr der Meinung ist, daß das nationale Werk gerade durch freie Institutionen erst recht gesetzt und sicher gestellt wird.

Eine eigentlich ungünstige Anschauung in Bezug auf die Wahlen hat sich unter einer Anzahl von Wählern in Altenburg geltend gemacht. Die dort erscheinende Zeitung bringt nämlich folgende Erklärung:

Die am 24. d. Ms. im Tunnel des Rathskellers zusammengetretene Versammlung von Wählern der demokratischen Partei hat folgende Beschlüsse gefaßt:

1) Die Verfassung des norddeutschen Bundes entspricht weder in Ansehung der Herstellung der Einheit Deutschlands noch in Rücksicht auf die Wahrung verfassungsmäßiger Volksrechte den gerechten Erwartungen eines großen Theiles der deutschen Nation. Gleichwohl ist sie, weil auf gesetzmäßigem Wege entstanden, der Rechtsboden, auf dem wir als Angehörige des norddeutschen Bundes uns befinden und auf welchem jenseit von ihr volkstümliche Umgestaltung unablässlig zu erstreben für Recht und Pflicht halten.

2) Eine solche Umgestaltung im freiheitlichen und nationalen Sinne liegt aber nicht im Bereich der Tätigkeit des nächsten Reichstags. Seine

Wirksamkeit kann vielmehr naturgemäß nur darin bestehen, daß begonnene „Wert“ im Sinne seiner Gründer zu bestreiten, die Militärmacht zu vergrößern und der Controle der Volksvertretung zu entziehen, zu diesem Zwecke dem Volke neue Lasten aufzuerlegen und durch alles dies die Spaltung der Stämme Nord- und Süddeutschlands zu verschärfen.

3) In der Verweigerung der Diäten für die Abgeordneten erblicken wir eine absichtliche Verklammerung des allgemeinen Wahlrechtes, einer faktischen Aushebung desselben gleichkommen. Von dem Manne unserer Wahl können und wollen wir ein Opfer nicht verlangen, zu welchem das — auf diesem Reichstage zu erreichen aus den vorher angedeuteten Gründen in keinem Verhältnisse steht.

4) Wir verzichten deshalb auf die Aufstellung eines Kandidaten aus der Mitte unserer Partei für den bevorstehenden Reichstag und halten es aus diesem Grunde für geboten, für dieses Mal uns der Wahl selbst zu enthalten.

Das ist eine Logik, auf welche nur der Ausspruch paßt: „Es muß auch solche Käuze geben“. Die Herren Altenburger erklären: „Die norddeutsche Verfassung ist der Rechtsboden, auf welchem fügend wir ihre volkstümliche Umgestaltung unablässlig zu erstreben für Recht und Pflicht halten“. Der natürliche Schlüß ist nun: Um dieser Pflicht nachzukommen, müssen wir uns recht eifrig an der Wahl beteiligen. Nein — sagt man in Altenburg — gerade deshalb wollen wir uns der Wahl enthalten, d. h. Nichts thun und unserer Pflicht nicht nachkommen. Denn „der jähige Reichstag kann nur die Militärmacht vergrößern und dem Volke neue Lasten auferlegen“. Ja, das aber können wir ja gerade durch die Wahl verhindern, deshalb müssen wir wählen. Nein — entgegen den ehrlichen Altenburger — gerade deshalb wählen wir nicht; erst wenn die Militärmacht vergrößert, erst wenn dem Volke neue Lasten auferlegt worden sind, dann wählen wir mit. Besser kann man der Regierung, wenn sie wirklich derartige Zwecke verfolgt, allerdings nicht in die Hände arbeiten; solcher Feinde wird sich Bismarck noch recht viele wünschen.

In Italien befindet man sich immer noch in der größten Ungewissheit darüber, ob und was Garibaldi eigentlich gegen Rom beginnen werde. Einer Correspondenz der „A. B.“ aus Genua zufolge ist derselbe fest entschlossen, nichts zu beginnen ohne eine gleichzeitige Erhebung der Römer. Es ist schwer geworden, sagt die ebenerwähnte Correspondenz, deren Apathie zu überwinden, jetzt aber ist die Ruhe der Bevölkerung des Kirchenstaates nur noch eine scheinbare und die Leute sprechen offen aus, daß sie Ende dieses Monats Garibaldi erwarten. In Rom weiß man dies recht gut und ist um so mehr beunruhigt, als man sich auch auf die Truppen nicht mehr recht verlassen kann. Das einzige Bedenklie ist die Stellung der Regierung zu dieser Frage, welche ihre internationalen Beziehungen so tief berührt. Es kann nicht beweist werden, daß die Regierung ebenso zu einer Entscheidung drängen muß wie Garibaldi, denn die italienischen Finanzen können es nicht länger ertragen, 40,000 Mann und ein Geschwader zur Überwachung des Kirchenstaates aufrecht zu erhalten und täglich ungefähr 30,000 Lire für die sehr zweifelhaften Vortheile der September-Convention zu opfern. Dieser famose Vertrag ist für Italien längst eine unerträgliche Last geworden, scheint aber auch den Planen Frankreichs nicht mehr ganz zu entsprechen. Man hat daher zwischen Paris und Florenz Plänzelein über die Auslegung der Convention begonnen, welche damit endigen werden, daß die eine oder die andere Partei sich für nicht mehr gebunden erklärt. In diesem Fall wird es für Italien darauf ankommen, schnell vorzugehen und eine vollendete Thatstache zu schaffen, wozu Rattazzi der Theilnahme Garibaldi's wohl nicht leicht entbehren könnte.

Wie die „R. Pr. B.“ aus Florenz erfährt, gilt die demnächstige Anerkennung der mexicanischen Republik von Seiten Italiens als sicher, obgleich der Stellvertreter des Herrn v. Malaret, Baron v. Willestreuz, erster Rath der französischen Gesandtschaft, diese Anerkennung auf alle Weise zu hintertreiben sucht. Dieses Vorgehen Rattazzis wird in den Tuilleries um so mehr blutes Blut machen, als dieser Schritt im Einverständnis und gemeinschaftlich mit England geschehen soll.

In Frankreich fährt man fort, die Salzburger Zusammenkunft in dem Lichte der größten Friedensliebe erscheinen zu lassen, und obgleich man zusagt, daß bei dieser Gelegenheit über die Hauptfragen schriftliche Formulirungen stattgefunden haben, so scheint man namentlich hohen Orts doch entschieden gegen die Auffassung protestieren zu wollen, als welche zwischen Frankreich und Österreich irgend ein bedrohliches geheimes Einverständnis ist. Wie man der „R. B.“ versichert, hat der Kaiser nach Salzburg ein Memorandum mit der Ueberschrift „Plan de pacification de l'Europe“ mitgenommen, welches er zuerst dem Kaiser Franz Joseph mittheilt und dessen wesentliche Einzelheiten dann mit dem Freiherrn von Beust, dem Wunsche des Kaisers von Österreich entsprechen, durchgegangen wurden. Um künftigen irrtümlichen Deutungen vorzubeugen, wurden jene Punkte, über welche man zu gemeinsamen Anschauungen gelangte, schriftlich in Protocollen niedergelegt. Den Kernpunkt der Beratungen soll die orientalische Frage gebildet haben. Von einem unter der Regide Österreichs zu bildenden süddeutschen Bunde war niemals ernstlich die Rede; ein solches Verlennen der vollzogenen Thatsachen von Seiten Frankreichs wäre denn doch zu thöricht gewesen. Die Aufrechthaltung des Prager Friedens ist der oberste Wunsch beider Staaten und in einem Protocole soll bestimmt ausgesprochen sein, daß Alles anzuwenden sei, um zu verhindern, daß die süddeutschen Staaten in Basallienstaaten Preußens umgewandelt würden. In Folge dessen will man den Verträgen, welche zwischen dem Nordbunde und den süddeutschen Staaten bestehen, nur einen „internationalen“ Charakter zuerkennen, wie denn der Prager Friede nur solche internationale Bunde zulasse. Diesen in Protocollen verzeichneten gemeinsamen Anschauungen soll die Bezeichnung eines „Preliminär-Einverständnisses“ gegeben werden; man behält sich dessen weitere Entwicklung für den Besuch des österreichischen Kaiserpaars in Paris vor. Welche Anwendung jenem vorläufigen Einverständnisse zu geben sei, das soll von dem weiteren Gang der Ereignisse abhängen. Man soll endlich darüber einig geworden sein, den Charakter der Salzburger Zusammenkunft in Instructionen an die diplomatischen Vertreter der beiden Mächte näher zu präzisieren. Es soll alles vermieden werden, was als eine Herausforderung angesehen werden oder das deutsche Nationalgefühl verletzen könnte; wie sich aber dies mit den geschehenen Schritten vereinbaren läßt, das ist freilich schwer zu sagen. Dass die Pariser Blätter sich über Salzburg nur mit der größten Zurückhaltung äußern, ist unter diesen Umständen wohl sehr erklärlich und ebenso wird man sich nicht darüber wundern dürfen, daß ihnen der neuartige Artikel der „R. Pr. B.“ zur Veröffentlichung zu stark scheint, obgleich derselbe durch die „Agence Havas“ bereits mitgetheilt wurde. Der Kaiser selbst fährt persönlich fort, die friedliche Zukunft zu versprechen und wie er sich den telegraphischen Meldungen zufolge in Arras und Lille in diesem Sinne gefaßt hat, ebenso sagt man, daß er auch Herrn von Rothchild, als ihn derselbe am Nordbahnhofe vor seiner Abreise nach Lille begrüßte, die Sicherung gegeben habe: „der Friede sei nicht gefährdet“. Diese Sicherung

scheint den berühmten Finanzmann freilich nicht ganz beruhigt zu haben, wenigstens waren die Coure an der nächsten Börse wieder gefallen.

In der Stimmung der englischen Blätter ist der Salzburger Zusammensetzung gegenüber insofern eine merkwürdige Veränderung vor sich gegangen, als die meisten von ihnen darin anfänglich nur eine nichtpolitische Ceremonie sehen wollten, während sie jetzt über deren Bedeutsamkeit allmählig zu erstaunen anfangen, wozu großtheils die Sprache der halbamtlichen Pariser und Wiener Blätter beiträgt. Das gewisse Verabredungen gegen die „offenbare Schicksalsbestimmung“ Preußens getroffen worden seien, wird als ausgemacht angenommen. „Herald“, „Daily News“ und die meisten Wochenblätter sehen darin nichts als Unheil für das Haus Habsburg, während „Post“ und „Sun“ Europa zur österreichisch-französischen entente cordiale Glück wünschen. Auch der „Daily Telegraph“ ist mit seinen Ansichten und Sympathien in höchst bemerkenswerther Weise in's Schwanken geraten. Er muß bekennen, daß der Kaiser von Österreich und der Kaiser Napoleon Gründe haben, fest zusammenzustehen; sie hätten dem „Ruin“ ihrer Reiche vorzuzeigen!

Die Nachrichten aus Spanien leiden hinsichtlich des Aufstandes noch immer an den sehr erklärlichen Widersprüchen, die wir bereits zum Desteren beklagt haben. Laut Nachrichten aus Perpignan gewinnt derselbe an Ausdehnung, die Vocalbeobachter der einzelnen Orte verlieren die Macht, die Bewegung zu unterdrücken. Dem „Trans. Journ.“ wird über Paris die Melbung gemacht, daß sämtliche Fabriken in Barcelona stillstehen und daß in Tarragona ein furchtlicher Kampf stattgefunden hat, ohne daß jedoch eine der Parteien sich den Sieg ausschreiben konnte. Derselben Quelle verdanken wir die Nachricht, daß die Garnison des wegen seiner Festigkeit berühmten Forts Monjuich, welches ganz Barcelona beherrscht, ihr Pronunciamiento zu Gunsten der Revolution gemacht haben soll. Diese letztere Nachricht wäre, wenn sie sich bestätigt, von der äußersten Tragweite; denn eine Revolution in Barcelona ist für Spanien das, was eine Revolution in Paris für Frankreich war, nämlich — das entscheidende Gelingen in der politischen Wage.

Die Nachrichten aus Amerika bestätigen den Ausbruch des bereits gemeldeten Brieftaus zwischen dem Präsidenten Johnson und dem Kriegsminister Stanton und lassen befürchten, daß derselbe dem Hader zwischen dem Kongreß und dem Präsidenten neue Nahrung geben werde.

## Deutschland.

\*\* Berlin, 28. August. [Calmirungspolitik der Wiener Halboffizieren. — Salzburger Protocole. — Intervention in der nordschleswigschen Frage und maßgebende Auffassungen. — Bismarck's Circulardepeschen. — Preußen und Österreich.] Die Calmirungsnachrichten der sogenannten unabhängigen Wiener Journale, an deren Spitze die „N. Fr. Presse“ steht, erregen hier ein noch größeres Misstrauen als die früheren Salzburger Sensationsnachrichten der offiziellen Wiener Blätter. Preußen und seine deutsche Mission, der erste Erfolg deutscher Einheitsbestrebungen und das Talent der Männer, welche diese Erfolge herbeigeführt, sind bis zu den jüngsten Tagen gerade von seien specifisch österreichischen Blättern verleugnet worden. Trotz aller Versicherungen derselben existieren die angekündigten Conferenz-Protocole, darunter auch solche, welche die Bezeichnung eines Präliminar-Ginvernehmens tragen. So wird aus Paris versichert und die Nachricht klingt glaubhaft genug, denn an sie reiht sich die Bestätigung der früheren Meldung, daß eine Circulardepesche Buß's an die österreichischen Gesandten im Auslande in den nächsten Tagen versendet wird. Gewiß ist ferner, daß eine Intervention der Cabinets von Paris und Wien in der nordschleswigschen Angelegenheit bevorsteht, obwohl sich dieselbe in der mildesten Form ankündigt (Düppel und Alsen bei Preußen zu belassen), aber die Abtretung gleichzeitig in dringlicher Weise formulieren dürfte. Sobald diese Pression auf Preußen stattfindet, wenn auch unter den bestenkendsten Phrasen für die Erhaltung des europäischen Friedens, so wird man doch nicht annehmen wollen, daß derlei mit Dankbarkeit in der Wilhelmstraße acceptirt wird. Sedenfalls wird es nicht auf Schloß Babelsberg geschehen; wo über die Herausgabe Nordschleswigs bis kurz vor der Salzburger Zusammenkunft eine Ansicht vorherrschte, die sich nicht einmal mit dem Zusammentreffen der deutsch-dänischen vertraulichen Conferenzen in Berlin vertrug. Das ist nun allerdings anders geworden. Die hiesigen Offiziere werden ohne Information über die diplomatischen Tagesfragen gelassen, was selbstverständlich ihre Unsicherheit vermehrt, aber gleichzeitig auch einen Fingerzeig über das Unbehagen gibt, welches in maßgebenden Kreisen empfunden wird. Es wird deshalb die Meldung mit Voricht aufzunehmen sein, daß Graf Bismarck die Vertreter Preußens im Auslande durch eine Circulardepesche über die Salzburger Zusammenkunft insoweit informiren wird, als er in den jüngsten Tagen von der Wiener Regierung beruhigende Aufklärungen über die Pourparlers mit dem französischen Kaiser erhielt. Es wird noch weit mehr Bestätigung bedürfen, wenn hinzugefügt wird, daß Graf Bismarck diese Gelegenheit

zu ergreifen glauben müste, um den preußischen Gesandten in Wien mit Instruktionen zu versehen, die eine Annäherung an die Interessen-Politik Österreichs zulassen würden.

[Moritz Wiggers vor seinen Wählern] Gegen 2000 Wähler des 3. Berliner Reichswahlkreises hatten sich am Dienstag Abend im neuen Gesellschaftssaal vor dem Cottbusser Thor versammelt, um ihren Candidaten, Herrn Moritz Wiggers, noch vor der Wahl über die Steuerfrage zu hören. Von Herrn Dr. Langerhans wurde die Versammlung eröffnet und auch die Verhandlungen derselben geleitet. Derselbe setzte den Anwesenden kurz die Gründe auseinander, die ein Erscheinen Wiggers' wünschenswert gemacht, und erhielt sodann dem freudig beglückten Candidaten das Wort. Derselbe legt zunächst die Motive, welche ihn anfänglich veranlaßten, der ungeachtet des entgegengesetzten Beschlusses der allgemeinen Wählerversammlung vom 6. v. mehrjach an ihn ergangene Auflösung, sich seinen Wählern noch vorzustellen, nicht zu entsprechen, und weist dann, ehe er auf den eigentlichen Zweck seines Vortrages eingehet, den ihm gemachten Vorwurf zurück, daß er nicht entschieden genug sei. Beratungslauf zu diesem Vorwurf sei ein Bericht der „Schwarzer Zeitung“ über eine in Rostock zur Befreiung der Wahlen und eines Programms abgehaltene Landesversammlung gewesen. In demselben sei gegen ihn neben der Beschuldigung, nationalliberal zu sein, auch noch der erworben worden, gegen den bekannten Demmler'schen Antrag, das Harlorsche Steuerprogramm in das mecklenburgische liberale Wahlprogramm aufzunehmen, gestimmt zu haben. In Mecklenburg existiere jedoch gar kein Zwietrall in der liberalen Partei, ähnlich den preußischen Differenzen. Der dortigen freisinnigen Partei gehörten die entschiedensten Männer des Landes an und habe man es in seiner Heimat, wo es sich lediglich um einen Kampf zwischen Unterdrücker und Unterdrückten handle, für Thörkeit angesehen, auch dort die Spaltung in die Partei hineinzutragen. Was den Demmler'schen Antrag, also die Aufnahme des Harlorschen Programms in das Mecklenburgische Wahlprogramm angehe, so stelle sich dieses auch für Preußen wieder ganz anders als für Mecklenburg. Während Mecklenburg dem norddeutschen Bunde angehört, seien dort noch manche, in der Verfassung des norddeutschen Bundes vorgesehene Steuern, wie Salzsteuer, Branntweinsteuer u. a. noch nicht eingeführt, die eben eingeführt oder durch andere erzeugt werden müssten, wenn nicht andere Staaten für die Steuerquote Mecklenburgs aufkommen wollten. Hierauf wendet sich Redner zur Darlegung derjenigen Fragen, die sein Erscheinen veranlaßten. Wie er zum Programm der deutschen Fortschrittspartei stehe, das sei schon aus seinen beiden Vorträgen vor und nach dem Reichstage zu erkennen, wo er die Notwendigkeit, die Bundesverfassung nach geschehener Annahme anzuerkennen und das Bevölkerungsrecht, dieselbe auszubauen, betont, wie dies ja im Programm der Fortschrittspartei auch geschehen, zu dem er sich aus vollstem Herzen bekenne. Zur Steuerfrage erklärt der Redner, die selbe in dem er sich aus vollstem Herzen bekenne. Zur Steuerfrage erklärt der Redner, die selbe in dem er sich aus vollstem Herzen bekenne. Und Sinne behandeln und in erster Linie dafür stimmen zu wollen, daß das Ausgabenwilligungsrecht nicht mehr beschränkt werde; er erkenne die Berechtigung des Harlorschen Programms an und werde also gegen eine neue Tabaksteuer und jede Vermehrung der Verbrauchssteuern stimmen. Als Preuße teile er in jeder Weise die Ansicht Harlors. Doch auch auf diesem rein negativen Standpunkte sei nicht allein stehen zu bleiben, eine Abminderung der Steuern, eine gerechte Vertheilung derselben und die Verbesserung des Budgetrechts seien ins Auge zu fassen; wenn er auch in dieser Beziehung keine bindenden Versprechungen machen könne, so könne er doch die ihm leitenden Ideen mittheilen. Wie schon früher werde er für ein vollständiges Budgetrecht auch in Beziehung auf die Einnahmen kämpfen, gegen eine Fixierung der Einnahmen aus den Verbrauchssteuern, da diese bei späteren friedlichen Verhältnissen, eingeschränkt Freiheit, Gewerbefreiheit u. s. w. unbedingt steigen und dadurch das Budgetrecht rein illusorisch werden müsste. Die unbedingte Willigung von Verbrauchssteuern sei immerhin gefährlich, weil eine Regierung selten in deren Abminderung einwilligen und für solche Fälle die nur wirtschaftliche Frage in eine Machfrage umgewandelt werde. Redner erklärt sich weiter für Aufhebung der Schutzzölle, will Abänderung der Zolltarife nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in finanzieller Beziehung, da er der Ansicht, daß bei zweckmäßiger Herabsetzung der Zolltarife sich die Einnahmen vermehren. Gebe man ihm hierin Recht, so gehe er weiter und wünsche durch diese erhöhte Einnahmen eine Verminderung und später gänzliche Beendigung der Verbrauchssteuern. An Stelle der ungerechten Matrikelarbeitssteuer wünsche er lieber eine kontingente Bundessteuer auf das Einkommen und die Einnahme des Einzelnen, als eine immerhin ungerechte Verbrauchssteuer. Redner ist ferner bereit, auf ihm gestellte Interpellationen zu antworten und betont schließlich, daß er nie ein Mandat annehmen würde, wenn er sich nicht in voller politischer Übereinstimmung mit seinen Wählern befindet. — Nachdem der Redner unter lebhaftem Beifall geendet, fragt Herr Dr. Tappert als erster Interpellant, ob der Candidat im Reichstage sich als preußischer Abgeordneter oder als Mecklenburger an den einzelnen Fragen stellen wolle, ob er der Fortschrittspartei im Reichstage und zwar sofort beitreten wolle oder ob er erst eine Scheidung der Parteien abzuwarten gedente. Herr Wiggers bedauert, trotz seiner Ausführungen über den mecklenburgischen Standpunkt noch nicht genug verstanden zu sein und zeigt des Räbene, welche entschieden freisinnige Stellung die Mitglieder der mecklenburgischen liberal-nationalen Partei einnehmen, erklärt sich als preußischer Abgeordneter zu betrachten, der die deutschen Interessen wahren wolle, und hält es für überflüssig, sich noch weiter über seinen Beitritt zur Fortschrittspartei auszusprechen zu müssen. Herr Tappert meint, daß die betreffenden Artikel nicht widerlegt seien, wogegen Herr Wiggers darauf hinweist, daß es nur eine solche gegeben, und dessen Quelle beleuchtet. Herr Wilhelm erläutert nun mehr, wie der Candidat die Bestimmungen der von ihm früher anerkannten Reichsverfassung von 1849 mit der neuen Bundesverfassung in Einklang bringen könne. Herr Wiggers glaubt nicht im Widerspruch mit dem früher Gesagten und seinem heutigen Standpunkt zu sein, will aber nach dem kundgegebenen Wunsche der Versammlung hierauf nicht näher eingehen. Herr W. Spindler fragt, da ihn die Antwort auf Herrn Tapperts Anfrage nicht ganz befriedigt, ob Herr Wiggers sich der Fortschrittspartei anschließe oder nicht. Der Candidat erklärt, dem Wahlverein nach mecklenburgischen Gesetzen

nicht öffentlich angehören zu dürfen, will dieses jedoch auf den Wunsch der Wähler doch thun. Herr Wenzel interpelliert über die Stellung der Canditaten zu den Bestrebungen der Friedensliga, worauf Herr Wiggers als Candit zum Reichstag-Abgeordneten nicht antworten zu müssen glaube. Der Schluss der Interpellationen wurde angenommen. Auf einen Antrag des Herrn Dr. Hermes wurde nun Herr M. Wiggers als der alleinige Candit der liberalen Partei des 3. Reichswahlkreises proclamirt und sodann der Antrag Schramm, ein Comite von 5 Personen zu wählen, welches für das Aufbringen der Diäten für den Vertreter Sorge trägt, angenommen. In dieses Comite wurden gewählt: die Herren Löwenstein, Dr. Hermes, Schramm, Liebmanssohn und Langerhans. [Dr. Löwe-Calbe vor seinen Wählern] Am Dienstag hielt Herr Dr. Löwe-Calbe vor einer zahlreichen, aus etwa 1200 Personen bestehenden Versammlung der Wähler des ersten Reichswahlkreises in der Tonhalle seine Candidatenrede. Derselbe wurde mit Bravoruf empfangen und äußerte sich im Wesentlichen wie folgt: Das Ziel der Freiheit und Einheit Deutschlands habe ihm stets unverkennbar vor Augen gestanden. Die Verhältnisse seien außerordentlich schwierig. Die norddeutsche Bundesverfassung entspreche nicht, weil sie 1) die persönliche Freiheit der Einzelnen schütze, 2) die Rechte des Volkes an der Einwirkung auf das Staatswesen verhindere und 3) nicht für ganz Deutschland berechnet sei. Aus diesen Gründen habe er im Abgeordnetenkabinett gegen diese Verfassung gestimmt; jetzt aber, nachdem dieselbe Gesetze geworden sei, werde er mit allen Kräften deren Verbesserung anstreben. Bezuglich des Paragraphen wegen des Indigenats werde er wirkliche Freiheit, Gewerbefreiheit und Bürgerrecht zu erlangen sich bemühen. Dann müßten die Grundrechte, welche die Personenrechte sich stellen, hineingebracht werden. Redner beleuchtet sodann den Bundesrat. Derselbe erwähnt wegen der Art seiner Zusammensetzung, wegen der ihm gegebenen Befugnisse und wegen des Gebrauchs, der von diesem gemacht werde, keine Hoffnungen auf Reformen. Die Verantwortlichkeit sei unbedingt nötig. Mit Sorgfalt müsse das gehütet werden, was in der preußischen Verfassung als Recht festgestellt sei. Die Steuerfrage sei Landesfrage, hier aber müsse eine gründliche Reform dahin vorgenommen werden, daß der Aermere von den ihm drückenden Lasten befreit und die größere Last auf den Reicheren falle. Die Kriegsverfassung werde er im besten Sinne für das Volk auszulegen suchen. Bezuglich der Kriegsfrage äußert Redner, daß die beste Allianz diejenige mit dem deutschen Volke sei. — Interpellationen wurden nicht gestellt, auch keine Discussion beliebt. Die Abstimmung geschah durch Stimmenthal. Es waren 1131 Stimmen abgegeben worden und davon 1110 auf Herrn Dr. Löwe-Calbe gefallen. Derselbe wurde daher als der Candit des ersten Wahlkreises proclamirt und die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf den Canditaten geschlossen.

Königsberg, 28. Aug. [Zu den Wahlen] Wie die „K. n. Z.“ mittheilt, ist ein hier vor einigen Tagen verbreitetes Flugblatt, in welchem die Wahl des Generals Vogel von Falkenstein empfohlen wurde, von nicht weniger als 10 höheren unmittelbaren Staatsbeamten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichnet. Unter diesen Beamten befinden sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar drei Richter, der Stadtgerichts-Präsident Hahndorf, der Tribunal-Präsident Hahn und der Stadtgerichtsrat Korsch. Vergleichen wir damit eine Bekanntmachung des Landrats v. Dithfurth im „Bielefelder Kreisblatt“ vom 22. d. M., worin derselbe mittheilt, daß einige Beamte, welche einen Aufruf zur Wahl eines liberalen Candidaten unter Beifügung ihres Amtstitels unterzeichneten. Unter diesen Beamten befindet sich sogar

schen Juristen tages] wurde diesen Vormittag im großen Saale des kgl. Odeons abgehalten. Der zum Vorstehenden gewählte Geh.-Rath v. Wächter dankte mit folgenden Worten: Es ist eine ziemliche Pause, welche die Deputation auf die Einberufung des Juristentags einreten zu lassen sich günstig geschehen hat; es wird es, meine Herren, nicht bedürfen, die Deputation wegen dieser langen Pause zu rechtfertigen; es sind Ereignisse eingetreten in dieser kurzen Spanne Zeit zwischen dem letzten und dem heutigen Juristentag, die in unserem Deutschland eine gewaltige Aenderung der Verhältnisse hervorgerufen haben — eine Aenderung von den weitreichendsten Folgen in allen unseren Verhältnissen in Deutschland. Es ist nicht der Ort hier, näher auf diesen Punkt einzugehen, aber darauf, meine Herren, wie sehr auch die verschiedenen Ansichten über die Bedeutung jener Ereignisse oder ihrer Folgen auseinandergehen mögen, darauf darf ich wohl fest bauen, daß in diesem Saale uns die Gestaltung der Treue gegen ganz Deutschland zusammengeführt hat (Bravo), daß in diesem Saale nur eine Stimme herrschen wird, daß wir an dem Gemeinsamen und Einigenden, was unser Deutschland sich bis jetzt mit erhalten hat, festhalten, dasselbe weiter zu bilden und möglichst zu befestigen suchen. Zu diesem Gemeinsamen und Einigenden rechne ich auch die große Verbindung, die man durch „deutschen Juristentag“ zu bezeichnen pflegt. Diese Verbindung soll alle Stämme Deutschlands umschließen in dem Zusammenwirken der deutschen Priester des Rechtes, in einer persönlich so eminent wichtigen gegenseitigen Wechselwirkung, durch jährliches Zusammenkommen und in dem auf Erzielung der Rechtseinheit der deutschen Nation und auf Förderung des Wohles des gesamten Deutschland gerichtet Sinne. In diesem Sinne lassen Sie uns an die Arbeit gehen. (Allgemeines Bravo.) Die Versammlung verzichtete auf die vollständige Verlelung des sehr umfassenden Berichts der ständigen Deputation über die Rechtsentwicklung in Deutschland seit der letzten Juristentags-Versammlung, beschloß vielmehr die Vervielfältigung desselben durch den Druck. Es erfolgt noch die Vertheilung der Berathungsgegenstände an die Abtheilungen, und der Beschluss, daß behufs der Prüfung der Legitimationen jede Abtheilung 10 Vertrauensmänner zu wählen habe. Ein Antrag v. Wilnofski aus Posen auf Herstellung eines allgemeinen, für ganz Deutschland geltenden Obligationen- und Wechselsrechts ist erst nach der hierzu bestimmten Frist eingelaufen und kann deshalb nicht auf die Tagesordnung gestellt werden. Alsbald nach Beendigung der Plenarsitzungen traten die Abtheilungen in Verathung und wird am Donnerstag die zweite Plenarsitzung stattfinden.

### Frankreich.

\* Paris, 26. Aug. [Zu Salzburger Zusammenkunft.] Die beiden Redacteure des „Temps“, die Herren Neffzer und Gerard, entwickeln heute in zwei ausführlichen Aufsätzen die Ansicht, daß die beiden Regierungen von Österreich und Frankreich im Wesentlichen darüber übereingekommen sein würden, was für sie beide im Verein einen casus belli bilden müsse. Neffzer meint, daß wenn die beiderseitigen Cabinets den übrigen Cabinetten und besonders dem Berliner ihre Auslegung des Prager Friedens vorlegen sollten, dies zu den schwersten Verwicklungen führen müsse; denn diese Auslegung würde offenbar nicht in Übereinstimmung mit der preußischen stehen und Preußen würde sie daher zurückweisen. Es sei aber nicht anzunehmen, daß die beiden Mächte, sobald sie mit ihrer Auslegung einmal öffentlich hervorgetreten, dieselbe nach einer negativen Antwort Preußens wieder zurückziehen würden. Dem „Temps“ wird ferner aus Berlin geschrieben, daß am 6. oder 8. September in Baden-Baden eine Zusammenkunft zwischen dem Könige von Preußen, den Königen von Bayern und Württemberg und den Großherzögen von Hessen-Darmstadt und Baden — als Gegendemonstration gegen die Salzburger Zusammenkunft — stattfinden solle. Der Großherzog von Baden werde diese Zusammenkunft vermittern. Nach derselben Quelle sollen die Agenten der preußischen Regierung nach Berlin berichtet haben, die beiden Kaiser seien in Salzburg übereingekommen, den Plan eines europäischen Congresses wieder aufzunehmen. — Dem „Siecle“ ist bange um die Zukunft Österreichs, wenn es sich durch Anschluß an Frankreich mit dem deutschen Nationalgeföh überwirft. Es sei unmöglich, sich zu verhehlen, daß der Abschluß eines Bündnisses, welches den Zweck hätte, in den inneren Angelegenheiten Deutschlands zu intervenieren, jenseit des Rheins als eine so direct als möglich hervortretende Kriegsdrohung angesehen werden würde. Die Enthaltung Württembergs und Bayerns, die man als geneigt schilderte, sich Frankreich und Österreich in die Arme zu werfen, sei ein sehr bedenkliches Zeichen.

Wenn man sich, sagt das „Siecle“ schließlich, auf den Standpunkt der alten Gleichgewichtspolitik stellt, die seit einem Jahre wieder in der Gung steigt, so wird man ohne Mühe das Interesse Frankreichs zugeben, Österreich in eine Liga gegen Norddeutschland hineinzuziehen; aber man wird schwerer das Interesse Österreichs zugeben, uns auf dieser Bahn zu folgen. Unsere Nationalität ist so compact, daß sie jedem Angriff Trost bietet; sie hat die

so wird wohl jede Desinfection vergebens sein, sie kann daher nur dann von Bedeutung sein, wenn eine sorgfältige Sammlung der Excremente besteht und wenn für Reinlichkeit einer Stadt und für Alles, was sonst zur Gesundheitspflege gehört, schon vor Ausbruch der Epidemie gesorgt worden ist. Es wird daher eine vollständige Desinfection, bei der Sorgfältigkeit, mit der wir bisher den Boden, auf dem wir leben, zu einer wahren Dungstätte gemacht haben, für die nächste Zeit immerhin eine schwierige, wenn nicht zweifelhafte Sache sein.

Die Desinfection muß von Obrigkeit wegen in obligatorischer Weise ausgeführt werden, denn es handelt sich um das allgemeine Wohl, und der schlechte Wille und der Unverstand eines Einzelnen kann einer ganzen Stadt das schrecklichste Unheil bereiten. Da man wahrgenommen hat, daß immer die nämlichen Stadtgegenden am stärksten befallen werden, so ist es, wenn aus irgend einem Grunde nicht der ganze Ort desinfiziert werden kann, nützlich wenigstens, die bei den früheren Epidemien ergriffenen Stellen genau zu desinfizieren. Die allgemeine Desinfection muß rechtzeitig, d. h. bei Annäherung der Epidemie geschehen; verdächtige Häuser werden dauernd desinfiziert.

Über die besten Mittel der Desinfection sind die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen; es hat sich bis jetzt nach dem Urtheile der Konferenz kein sichereres und besseres Desinfectionsmittel ausfindig machen lassen als Eisenvitriol und Carbolsäure, und nach den bisherigen Erfahrungen kein leichter anwendbares, es wird daher eine Verbindung derselben angerathen. Die Desinfection der Cholera-Wäsche und Effecten soll durch Auskochen mit Wasser und Behandlung mit Zinkoxyd gegeben, und es wurde angerathen, für die Armen besondere Anstalten zu treffen, die in jeder Stunde die Desinfection bewirken. Die von Herrn Süvern erfundene Desinfectionsmethode wird zur fachmännischen Prüfung, namentlich für Kanäle, Schleusen &c. empfohlen. Wo eine Entfernung der befallenen Häuser und eine Dislocation der Einwohner möglich ist, es gut, sie auszuführen. Die Herbeischaffung möglichst reinen Trinkwassers ist ein Hauptforderung; wo der Bezug eines solchen unmöglich ist, soll man eine Desinfection durch Kochen versuchen.

Auf diese Weise kann man aber im höchsten Falle nur die Entwicklung des Keimes in Abtrittgruben, Kanälen &c. hindern, es wird aber kaum möglich sein, sein Hineingelangen in den Boden ganz zu verhüten, man muß also auch diesem die Bedingungen nehmen, unter

Probe mit tödlichen Ungemäss durchgemacht und ist daraus unbedingt hervorgegangen. Frankreich kann den Krieg führen, sogar gegen eine Coalition, ohne seine nationale Existenz und seine Integrität auf's Spiel zu setzen. In einem solchen Handgemenge würde aber Österreich Gefahr laufen zu verschwinden.“

[Frankreich und Mexico.] Der „Temps“ leistet dem drückenden Gefühl der Worte, welches der feierliche Einzug Juarez' in die Stadt Mexico in dem französischen Volke hervorruft.

„Es ist, sagt er, unmöglich, nicht mit Traurigkeit daran zu denken, daß der „Tremble“, dessen Abzug das mexicanische Volk festlich begiebt, Frankreich ist, welches sonst häufig als die betreuende Nation begrüßt wurde. Diese Wiederaufrichtung der republikanischen Institutionen, dieser Triumph des Mannes, dessen Leben seit fünf Jahren in dem Wahlkampf des Hauses Ornat „Je maintiendrai“ zusammengefaßt werden kann — alles dieses ist nur die natürliche und unvorhergesehene Folge jener Expedition, die so unvorhergängig begonnen und trotz so vieler Warnungen so unvorhergängig verfolgt wurde.“ Der „Temps“ hat in der Proclamation und im ganzen Auftreten Juarez' die Einfachheit der Seele und die gänzliche Abwesenheit dessen herbor, was an eine Militärdiktatur erinnert.

Auch das „Journal des Debats“ ist bereits der Ansicht, daß Frankreich nicht umhinkönnen werde, die Republik Mexico anzuerkennen. Habe man sich doch auch mit dem Kaiser Franz Joseph geschlagen, dessen Freund man heute sei; ebenso werde man es zulegen, den Notwendigkeiten der Politik nachgebend, mit Juarez halten müssen. — Der „Messager Franco-American“ hat die pikante Entdeckung gemacht, daß der „Figaro“ in seinem bekannten drastischen Bericht über die Hinrichtung Maximilians und seiner Unglücksgenossen Wort für Wort die Schilderung abgeschrieben hat, welche Alexander Dumas in seiner „Geschichte der Bourbonen von Neapel“ von der Hinrichtung Murats giebt.

[Die Vicinalwege.] Die „France“ sagt heute:

„Es schien uns, als könne in Betreff der Beschleunigung der Vicinalwege nur eine Stimme herrschen. Aber dieser Plan hat sehr lebhafte Widersprüche gefunden. Die Regierung hat die zahllosen Irrthümer, die in Umlauf gesetzt wurden, berichtig't und „Communiques“ haben dem kaiserlichen Briefe vom 15. August seinen wahren Charakter zurückgegeben. Ohne Zweifel gibt es noch eilige Opponenten und Widersacher; aber alle Irrthümer sind zerstreut und der Gedanke der Regierung erscheint in seiner ganzen Reinheit und Bestandsamkeit.“

Allerdings regnet es jetzt derartige Berichtigungen, doch der Eindruck der Maßregel ist nicht der Art, wie die Regierung erwartet haben möchte. Uebrigens hat der Kaiser nicht blos die Vicinalwege Frankreichs im Auge, sondern er hat dem Abgeordneten Schindler in Salzburg auch versprochen, daß er den Österreichischen Geld in Frankreich verschaffen will, wenn sie ihr Eisenbahnnetz ausbauen wollen. So wenigstens erzählt die „France“ allen Ernstes in ihrer Salzburger Correspondenz.

Welche Aussicht für die französischen Börsenspeculanter, zumal wenn man sich des napoleonischen Fürwortes bei der mexicanischen Ansicht erinnert!

[Vom Hofe. — Ministerielles.] Heute Morgen um 10½ Uhr fuhren der Kaiser und die Kaiserin nach Lille ab. Beide befanden sich in einem offenen zweisämigen Wagen. Der Kaiser war in Civil, während die beiden Generale, welche auf den Borden des kaiserlichen Wagens Platz genommen hatten und das Gefolge, welches in zwei anderen offenen Wagen fuhr, Uniform trugen. An dem Nordbahnhof erwarteten das kaiserliche Ehepaar die Minister und die beiden Präfekten. Die dort versammelte Menge verbreitete sich ziemlich ruhig und es wurde fast gar nicht gerufen. — Der Marquis de Moustier ist nach einer längeren Audienz bei dem Kaiser nach Besançon abgereist; Hr. de La Valette übernimmt interimistisch die auswärtigen Angelegenheiten. Die Abwesenheit des Herrn de Moustier wird vierzehn Tage dauern.

[Die Rente des Herzogs von Reichstadt.] Die „Presse“ erzählt, daß demnächst eine Commission von Würdenträgern der Krone sich nach Wien begeben werde, um die Rente des Herzogs von Reichstadt zu empfangen und nach Frankreich zurückzuführen. Mit dieser Mission seien vertraut Marshall Régnaud de Saint-Jean d'Angely, de Bassano, Cambacérès und General Fleury; der Minister des kaiserl. Hauses und der schönen Künste sei beauftragt, die nötigen Vorkehrungen zu treffen. Der Sarg soll in der Basilika von St. Denis an dem unter dem Chor für die kaiserliche Familie reservierten Platze beigesetzt werden.

[Abolitionisten-Congress.] Heute Nachmittag um 1 Uhr fand die erste Sitzung der Gesellschaft zur Abholzung der Sklaverei auf der ganzen Welt statt. Diese Gesellschaft besteht bekanntlich aus Franzosen, Engländern, Spaniern und Amerikanern. Gouard de La Boulaye präsidierte der Versammlung. Der Herzog von Broglie ist Ehren-Präsident und Cochin Secrétaire des Comité's. Nach der Eröffnung der Sitzung erhielt zuerst der Sekretär Cochin das Wort, welcher den Gang der Geschäftsortung angab, die von dem aus 40 Mitgliedern bestehenden Comité aufgearbeitet ist. Die Resolution, welche das Comité der Versammlung zur Annahme vorschlug, geht dahin, von den Regierungen und Völkern der ganzen Welt zu verlangen, daß sie die Sklaverei abschaffen und ihnen zur Begründung die der Gesellschaft vorliegenden Petitionen und andere Documente zugehen lassen. Hierauf erhielten die einzelnen Mitglieder das Wort, um über den Stand der Sklaverei in den verschiedenen Ländern, wo sie noch besteht, zu sprechen. Da kein

denn der Keim sich darin fortpflanzt. Dies ist eine Methode, vor der wir in Deutschland bis jetzt noch zurückgeschreckt sind, mit der aber in England in dem großartigsten Maßstabe der Anfang gemacht worden ist. Es gibt immune Orte, obwohl der Keim in sie getragen wird, obwohl sie die nämlichen Abritte und Kanäle haben wie wir, sie sind immun durch ihre Bodenbeschaffenheit. Es muß als Endziel aller unserer Bestrebungen auf diesem Gebiete hingestellt werden, in allen Orten eine künstliche Immunität zu schaffen; verbüsst man auf's Sorgfältigste die Verunreinigung des Bodens unserer Wohnungen mit excrementiellen Stoffen und durch Drainage die Befreiung der oberen Schichten, so wird man das Uebel bei der Wurzel gefaßt haben.

Die zu lösende Aufgabe ist eine groÙe; es muß aber endlich einmal nach bestimmten Prinzipien verfahren werden. Die europäischen Regierungen haben die Pflicht, nicht allein Alles mit grösster Energie zu thun, was zur Bekämpfung der Epidemie nach dem gegenwärtigen Stande unseres Wissens schon jetzt geschehen kann, sondern noch viel mehr alles zu unterstützen, was unser Wissen zu vergrößern vermag. Nur der auf das wahre Wissen sich stützende wird hier Sieger bleiben; aus den Maßregeln gegen die Cholera wird sich die Einsicht einer Regierung bemessen lassen, denn die gewohnten Mittel und wohlfeilen Verordnungen helfen nichts mehr. Möge aber auch das Publikum den Sinn der Maßregeln erkennen und das Bestreben der Regierungen unterstützen, nicht, wie es in Deutschland leider so häufig geschieht, dasselbe in thörichter Weise hemmen; nur durch ein thäkraftiges, gemeinschaftliches Zusammenwirken kann dem Uebel abgeholfen werden. Und so bewirkt vielleicht die schreckliche Seuche unendlich mehr Gutes, als sie Schaden angerichtet hat; wir sind lebhaft überzeugt: mit der Reinhaltung von Wohnungen und Boden, der Beschaffung guten Trinkwassers &c. werden viele Krankheiten, welche die Menschheit fortwährend heimsuchten, ihren Abschluß finden.

Petrolia, 5. August. [Große Feuersbrunst in Petrolia.] Am Sonnabend richtete eine Feuersbrunst an den Delquellen und den Delhoräthen dahier einen ungeheuren Schaden an. Ein an der Quelle von Thompson u. Comp. beschäftigter Mann, der eine Laterne in der Hand trug, stieß oben es zu beobachten, einen großen mit Del gefüllten Behälter in Brand; das Feuer weite sich den nahe gelegenen Delquellen mit. Zehn Quellen kammt der ganzen Maschinerie, den Delbehältern u. s. w. wurden ein vollständiger Raub der Flammen. Der Verlust an Maschinerie beläuft sich auf 30,000

Brazilianer anwesend war, so nahm Cochin für Brasilien das Wort; die Engländer sprachen über die Sklaverei an den Ostküsten von Afrika und im indischen Ocean; die Amerikaner über den Stand in Amerika selbst und einigen anderen Punkten; die Spanier über Cuba und die Franzosen über den Senegal. Vorher reichte der republikanische Schriftsteller Chassin eine Motion ein, die jedoch zurückgewiesen wurde. Cochin meinte, das Comité habe seine Geschäftsortung ausgearbeitet und es sei ihm nicht erlaubt, eine freie Discussion zu gestatten. Ein Engländer sprach hierauf in englischer Sprache, worauf Horne das Wort erhielt. Derselbe meinte, Frankreich bräche nicht die zu einer freien Discussion notwendigen Freiheiten; man müsse sich deshalb streng an das Programm halten. Dann protestierte derselbe gegen den Vorredner, der gesagt, daß die Abholzung der Sklaverei auf der ganzen Welt eine englische Idee sei. Sie sei eine französische, da Frankreich 1848 die Abholzung der Sklaverei in seine Verfassung eingeschrieben habe. Nach ihm sprach John Waller, der Gefährte von Livingstone. Derselbe meinte, der Hauptteil des Schlebenhandels sei nicht mehr vom Senegal nach Cuba und Brasilien hin, sondern auf der anderen Seite von Afrika, wo er nach dem Roten Meere, nach Persien u. s. w. hin stark betrieben werde. Dort müsse man abwählen suchen. Schließlich ehrt er noch Livingstone in einigen kurzen, aber warmen Worten. Der nächste Redner war ein französischer Marine-Lieutenant, welcher über die Verhältnisse am Senegal sprach. Es ergriessen hierauf noch mehrere Amerikaner, Spanier und Engländer das Wort. Der Schluss der Post gestattet jedoch nicht, näher darauf einzugehen. Olzaga, der sich nicht in Bayonne befindet, wohnte der Versammlung bei. Er ist Präsident des spanischen Comité's. Er sprach jedoch nicht.

Paris, 27. August. [Aus Lille] berichtet der heutige „Moniteur“ in einer Notiz vom gestrigen Abend: „Der Kaiser und die Kaiserin hielten zwei Stunden in Arras an. Zahlreiche Deputationen aus den entferntesten Punkten des Departements hatten sich hier versammelt, um die Majestäten zu begrüßen. Um 4½ Uhr hielten der Kaiser und die Kaiserin ihren Einzug in Lille. Trost des heitigen Regens waren die mit Flaggen geschmückten Fenster von dem Bahnhofe bis zur Präfectur sämlich mit Frauen besetzt, die ihre Tücher schwenkten. Mehr als 500,000 Personen bildeten Spalier auf dem Wege der hohen Gäste und begrüßten sie mit einer Begeisterung, die nie übertragen worden ist.“ — Es folgt dann die Rede des Bürgermeisters von Arras und die bereits telegraphisch mitgetheilte Antwort des Kaisers.

### Belgien.

Brüssel, 26. Aug. [Congresse.] Gestern ward in Antwerpen der archäologische Congress eröffnet, welcher schon im vorigen Jahre stattfinden sollte, aber wegen der Cholera, welche damals in Belgien wütete, auf dieses Jahr verlegt ward. Delegierte verschiedener Regierungen und gelehrter Gesellschaften und eine große Anzahl von Gelehrten aus allen Theilen Europa's haben sich eingefunden und wurden von dem Bürgermeister, den Schöffen und dem Stadtrathe auf dem Rathaus empfangen. Um 1 Uhr ward die erste Sitzung unter dem Vorstehe des Gouverneurs, welcher den Minister des Innern vertrat, eröffnet. — Am 2. September wird in Mecheln die dritte Generalversammlung der katholischen Union beginnen und bis zum 7. dauern. Dieses Mal sollen nur Mitglieder der Union Zutritt zu der Versammlung haben.

### Großbritannien.

E. C. London, 26. Augst. [Über den Aufstand in Spanien] spricht sich die „Times“ in folgender Art aus:

„Selbst mitten in der Langeweile der todten Jahreszeit vermag ein spanischer Aufstand nur ein sehr idyllisches Interesse zu erregen. Wie arg auch die Welt nach aufregenden Neuigkeiten hungrig mag, so ist es doch unmöglich, eine Ruhestörung auf der Halbinsel zur Würde eines Ereignisses zu erheben. Man hat nun seit Jahren einer großen und allgemeinen Erschütterung entgegengesehen. Sie war so lange „unvermeidlich“ im Anzuge, daß wir beinahe zweifeln dürfen, ob sie überhaupt jemals kommen wird. Wir vernehmen jedoch, daß die alten Rebellenführer in Spanien eingefallen sind... Es dunkt uns, daß in dem Aller nichts ist, was wir nicht schon oft gehört haben. Es kommt uns ganz wie eine Wiederholung der wohlbekannten alten Geschichten vor. Das sind die herkömmlichen „cosas de Espana“, und zugleich mit der Nachricht vom Ausbruch sind wir darauf gefaßt, zu hören, daß die Eisenbahnschienen aufgerissen, die Telegraphendrähte zerschnitten, die Posten aufgeholt sind und daß die Regierung in Madrid den Belagerungszustand verhängt im selben Atem, in dem sie verkündet, daß „das ganze Königreich sich der tiefsten Ruhe erfreue“. Wie wir die Verwidderung und Entwicklung des trübseligen Dramas im Vorause kennen, so fühlen wir auch schon den Gegensatz zwischen der derben Pose und der tiefen Tragödie in seinen verschiedenen Epochen. Wir können z. B. den Humor Don Antonio Maria Garrigos, Gouverneurs von Victoria, genießen, der sich mit seiner „energischen Willenskraft“ brüstet, bei der Unterbildung von Granaten, deren, wie wir von ihm selbst erfahren, „seine loyalen Bassen unfähig sind“, oder den Humor Don Pedro Estéban's, Gouverneurs von Gerona, der da sagt, seine Provinz sei überzogen, von zwei 10 Mann starken Banden, denen die Armee in eifriger Verfolgung auf dem Fuße nachläuft. Wir können aber zugleich diese starken Spots nur als das Beispiel zu jenem massenhaften Todtlichkeit und Transportiren der Gefangenen ansehen, unter dem auf der politischen Bühne Spaniens gewöhnlich der Vorhang fällt. Wir können kaum sagen, ob wir den Erfolg von Schilderhebungen, wie diejenige, die soeben allem Anschein nach gescheitert ist, hoffen oder fürchten sollen. Wir wissen von keiner

Doll.; an Delbehältern auf 15,000 Doll. und an Del auf mehr als 35,000 Doll. Mehr als 25 Acker Land sind vollständig ausgebrannt.

München, 22. August. [Durch die Eröffnung der Brennerbahn] ist uns Italien bedeutend näher gerückt, man kann beispielweise von hier nach Mailand von jetzt an in 24 Stunden gelangen, bis Turin in 27, bis Venedig in 22, bis Genua in 32, bis Bologna (via Padua) in 28, bis Ancona in 30, bis Florenz in 30, bis Rom in 42, bis Neapel in 55 Stunden.

[Modezeitung „Victoria“.] Unter den vielen in Deutschland erscheinenden Modeblättern nimmt die in Berlin im Verlage von A. Haack herausgegebene Victoria, illustrierte Muster- und Modezeitung, einen hervorragenden Platz ein; sie ist reich mit Illustrationen, welche sich auf jedes Gebiet der weiblichen Handarbeit beziehen, verleihen, bringt außerdem vorzügliche illuminirte Modelupser und große Schnittmuster. Auch für die Unterhaltung ist ausgezeichnet durch die abwechselnd mit den Arbeitsnummern erscheinenden Unterhaltungsnummern gesetzt; dieselben bringen mit guten Illustrationen verschiedene ausgewählte Novellen und Erzählungen, Bilder aus dem Böllerleben, Reiseerzählungen, Gedichte, belebende Aufsätze und Briefe aus dem Hauswirthschaft, musikalische Compositionen beliebter Dichter, Rätsel, Rebus &c. Die Zeitschrift kann auf's Wärmste empfohlen werden.

[Ein Schifferkunststud.] Neben den beiden Unternehmungen fühner Amerikaner, die in den allerjüngsten Tagen auf schwantem Kahn über den Ocean nach England gekommen, sieb eine Fabrik, die dieser Tage von einem Engländer gemacht wurde, verhältnismäßig unheimbar aus, obwohl sie in der That kein geringeres Wagnis ist. Dieser Mann, ein Herr Bowler, Mitglied des Canoeclubs, fuhr von Boulogne mit seinem Canoe über den Canal nach Dover, ein Unternehmen, wozu er volle 11 Stunden gebrauchte. Einmal während dieser Zeit war er von seinem Canoe abgetrieben und hatte zu gleicher Zeit die Küste aus dem Gesicht verloren, kurz darauf indessen begegnete er einem der gewöhnlichen Poißdampfer, der ihn wieder auf die Richtung brachte. Der vermögene Schiffer, der die Ruder führte, hatte an Probiunt einige Biscuits und 2 Flaschen Wein zur Stärkung bei sich. Seine Karte wurde von der See weggeschwemmt und sein Kompass verflog den Dienst.

[Der Juave Jacob.] Man schreibt der „Kreuzzeitung“ aus Paris: Der Schwindel in der Rue Roquette wird immer toller. Tausende von Menschen stromen zu dem Juave Jacob, der Wundercure aller Art durch bloßes Anblicken der Kranken macht. Ich habe es nicht

Beränderung, die einem Lande wie Spanien irgend einen Vortheil ver sprechen kann. Daß die Regierung der Königin Isabella nicht schlechter sein könnte, wird allgemein zugegeben, aber daraus folgt nicht, daß irgend eine andere in Spanien denkbare Regierung besser sein würde. Fünfzig Jahre fruchtloser und unheilvolles Experimente müssen selbst die sprichwörtliche Ausdauer eines Spaniers erschöpfen und seinen Glauben an die Richtigkeit der Revolutionen erschüttern. Zwei Grundsätze haben in Folge der Wechselseitigkeit des letzten Halbjahrhunderts sich Sandro Panfa's flügen Landsleute tief in's Herz gebrannt: der eine, daß sie kein Recht haben, eine jede Regierung zu hoffen; der andere, daß jede Regierung gut genug ist für den, der sich nichts mit ihr zu schaffen macht."

[Die Expedition nach Abyssinien] geht ihrer Verwirklichung entgegen. Noch spät am vergangenen Sonnabend erließ die Admiralität eine Aufruforderung an das Publikum, Oefferten für Transportschiffe einzusenden, die bis zum 27. Mittags vorzulegen sind. Nur solche Schiffe sind anzumelden, die über tausend Tonnen Gehalt haben und innerhalb zehn Tagen in See stechen können. Als Dauer des Contractes wird 6 Monate und so lange über diese Zeit hinaus, als die Regierung die Fahrzeuge gebraucht, vorläufig bestimmt. Auf dem Frachtenmarkt brachte diese Nachricht nach langer Windstille eine auffallende Rührung hervor. Da für eine Expedition von 10,000 Mann eine Transportflotte von 18,000 Tonnen Gehalt erforderlich und in den indischen Gewässern nur wenige disponiblere Schiffe sich finden dürften, so gingen Telegramme in großer Anzahl von Hafen zu Hafen, der Preis der Frachten hob sich über Nacht beträchtlich und die rentable Verwendung so vieler Dampfer auf wenigstens ein Jahr wird voraussichtlich dem Geschäft in dieser Richtung für die nächste Zeit wieder einiges Leben mittheilen. — Auch in den Arsenalen von Woolwich giebt die Militärbehörde die ersten Lebenszeichen für eine herannahende Campagne. Die auf Maulthieren zu transportirenden leichten Geschüsse sind aus den Vorrathskammern hervorgebracht und einer Umgestaltung unterzogen worden. Das voraussichtlich zur Verwendung kommende, aus den indischen Feldzügen bekannte Rohr war ursprünglich ein bronzer 3-Pfünder, ist aber neuerdings verkürzt und von außen verdünnt, sowie nach dem Woolwich-Systeme gezogen worden und schießt jetzt, bei 200 Pfd. Gewicht, ein siebenpfündiges Geschöß. Statt der bisherigen Tragweise, der Länge nach auf dem Rücken des Thieres, hat man sich dazu entschieden, das Geschüß quer zu packen, da auf diese Art das Thier weniger gedrückt wird, auch ist in dem Packtatt eine Verbesserung eingeführt, die durch Andrehen einer Schraube denselben für ein größeres oder kleineres Maulthier geeignet macht.

[Orangistenkämpfe. — Aus dem Fenierprozeß.] Aus Anlaß der letzten katholischen Demonstration in Irland, gelegentlich des Marienfestes am 15. August, ist gegen 11 der kampflustigen Orangisten die Untersuchung eingeleitet worden. Die Discussion der grossartigen Schlagerie in den irändischen Blättern weckt wieder einmal den schlummernden Parteihader zu hellen Flammen. Die Orangisten erheben ein Geschrei, daß es nur Protestant sind, die auf der Anklagebank sitzen, während die Katholiken mit nicht minderem Nachdruck auf das allerdings nicht zu läugnende Factum hinweisen, daß die Verdunten sämtlich Katholiken sind. — Die aus den letzten Fenier-Untersuchungen in die Öffentlichkeit dringenden Einzelheiten werfen auf die von den irändischen Bevölkerungen zur Aufführung der Auffälligkeiten gebrauchten Mittel nicht gerade ein glänzendes Licht. Einer der Zeugen, ein gewisser Headconstable (etwa Polizeispectator) Talbot, macht die umsofentlichen Eröffnungen, wie er sich bei den Fenier eingeschlossen und, ohne den Eid des Bundes geleistet zu haben, als eines ihrer Häupter gegeben. Nichts ging ihm vor und ein hervorragender Posten, das General-Commissionariat, war ihm für den Fall eines günstigen Ausganges der Verschwörung zugestellt. Da er, um eine solche Stellung zu behaupten, Anordnungen ertheilen, neue Mitglieder einschwören, ihnen Aufträge ertheilen und für die Ausbreitung des Bundes wirken mußte, so steht das Ganze mehr wie das Gebahren eines agent provocateur denn wie gerechtfertigte Beobachtung aus und ist keineswegs geeignet, das Hauptlabel in Irland und seinen Verhältnissen, das Misstrauen der Bevölkerung gegen die Regierung, zu heben.

[Zum Schneiderstreit.] Die Gerichtsverhandlungen der vergangenen Tage haben die stärkste Waffe der hiesigen Schneidergesellen, das Postentwesen, denselben nun fast allemal aus den Händen gewunden, aber der unselige Streit ist damit keineswegs zu Ende. Eine General-Versammlung der beschäftigunglosen Arbeiter hat sich für die Fortdauer des Außenabganges oder Krieges gegen die Meister entschieden und bestimmt ausgesprochen und ein besonderes Comité ist mit der Beratung der Schritte beschäftigt, die auf gesetzlichem Wege gethan werden können, um das Ziel zu erreichen, wozu bis jetzt die Posten ausgestellt waren. Die Abscheidung von Arbeitskräften für die Meister nämlich. Das ganze Unternehmen erscheint, sobald bis jetzt abzusehen, als ein hoffnungsloses, doch sind die Gesellen entschlossen, es auf's Neuerste kommen zu lassen, und sammeln inzwischen unablässig Fonds, um nach und nach ihre Leute nach Amerika zu befördern.

## América.

Newyork, 13. Aug. [Der Streit zwischen Johnson und Stanton.] Das Haupt-Tagesereignis ist der Streit zwischen dem Präsidenten und dem bisherigen Kriegsminister Stanton. Stanton war der einzige Minister, der zum Theil wegen seiner Gesinnungen, zum Theil und mit Recht wegen seiner während des Krieges bewiesenen Erfährtung für seinen Posten, bei der republikanischen Partei persona grata war. Missbilligkeiten, die er mit Johnson schon seit langer Zeit hatte, dienten keineswegs dazu, seine Popularität zu vermindern, und die Ereignisse der letzten Tage haben ihn zu einem politischen Märtyrer gemacht, der schon hier und da als Kandidat für die Präsidentschaft genannt wird. Ein schon längere Zeit gespanntes Verhältniß folgte der Reconstructionselegenheiten im Süden wurde durch einen lakonischen Brief des Präsidenten, den wir bereits (siehe Nr. 395) mitgetheilt haben, zum offenen Brüche gebracht. Nachdem nämlich Stanton, gestürzt und besiegt von der radicalen Partei, dem Präsidenten erklärt hatte, nicht weichen zu wollen, zögerte Johnson noch einige Tage, dann aber sandte er dem Kriegsminister unter dem 12. August folgende Anzeige zu:

Sir! Kraft der Besigkaiße, welche die Verfassung und die Gesetze der Vereinigten Staaten mir als Präsidenten verleihen, sind Sie hierdurch von dem Ame des Kriegssecretaries suspendirt, und Sie werden aufhören, irgend eine auf dasselbe bezügliche Funktion auszuüben. Sie werden sofort dem General Ulysses S. Grant, der heute ermächtigt worden ist, als Kriegssecretary ad interim zu fungiren, alle Register, Bücher, Papiere und sonstiges öffentliches Eigenthum übergeben, das bisher Ihrer Obhut und Sorge anvertraut war. Sehr achtungsvoll Ihr Andrew Johnson.

Da General Grant das Amt annahm und Stanton davon in Kenntniß setzte, so blieb diesem nunmehr nichts übrig als zurückzutreten, was er mit folgendem Proteste that:

Kriegsministerium, Washington City, 12. August 1867.

Sir! Ihre Note vom heutigen Datum ist mir zugegangen; sie benachrichtigt mich, daß ich Kraft der Besigkaiße, welche die Verfassung und die Gesetze Ihnen als Präsidenten der Vereinigten Staaten verleihen, von dem Ame des Kriegssecretaries suspendirt bin und aufhören soll, irgend eine auf dasselbe bezügliche Funktion auszuüben; und ferner, daß ich dem General Grant, der heute ermächtigt worden ist, als Kriegssecretary ad interim zu fungiren, alle Register, Bücher, Papiere und sonstiges öffentliches Eigenthum, das bisher meiner Obhut und Sorge anvertraut war, übergeben soll. Das Bewußtsein meiner öffentlichen Pflichten zwinge mich, Ihnen ein auf die Verfassung und die Gesetze der Vereinigten Staaten begründetes Recht abzuprechen, mich ohne den Rath und die Zustimmung des Senates und ohne gesetzlichen Grund von dem Ame des Kriegssecretaries oder der Ausübung der auf dasselbe bezüglichen Funktionen zu suspendiren oder ohne solchen Rath und solche Zustimmung mich zur Übergabe des Register, Bücher, Papiere und des sonstigen als dem Secretair zur Obhut anvertrauten öffentlichen Eigenthums an irgend eine Person zu zwingen. Insofern aber der die Armeen der Vereinigten Staaten comandirende General nun ad interim ernannt worden ist, so daß seit gestern die Arbeiten zur Befestigung dieser Straßen-Ecke begonnen haben.

Um gestrigen Nachmittag machte die Stammgesellschaft des hiesigen Volksgartens ihren alljährlichen Ausflug und zwar nach dem für derartige Vergnügungen in jeder Beziehung angenehmem Mittag. — Ein durch Ihren Brauemeister Ruppel vorbereitetes vorzeitiges Mittagessen bewies die Hungenden, ein wohlsmiedendes Bier die Durstenden und dieses Schweißen bewies, daß ein jeder seine Schuldigkeit hat. — Nach aufgehobener

Abergehen lassen, ohne Ihnen meine Hochschätzung des Eisers, des Patriotismus, der Festigkeit und des Geschickes, womit Sie die Pflichten des Kriegsministers erfüllt haben, auszubrücken"; und in Anerkennung dieser Freundschaft fügte Stanton seiner Antwortnote an den General, die übrigens mutatis mutandis gleichen Inhalts war wie das Schreiben an den Präsidenten, einige besondere Dankesworte hinzu.

Schon am folgenden Morgen übernahm General Grant das Departement des Kriegsministers. Viele in demselben angestellte Beamte waren höchst überrascht, den neuen Vorgesetzten zu erblicken, da die Veränderung erst einige Tage später erwartet worden war. General Grant wird, wie man glaubt, das Amt nicht lange verwalten; denn es ist bekannt, daß der Präsident früher schon dem General James B. Steedman das Portefeuille angeboten und denselben jetzt telegraphisch aus New-Orleans nach Washington beordert hat.

Der Streit zwischen Congress und Präsident wird nun, nachdem er kaum ein Weilchen eingeschlummert schien, mit erneuter Heftigkeit ausbrechen. Johnson hat darzuthun, daß gegen Stanton Indizien „eines amtlichen Vergehens oder eines Verbrechens“ vorliegen, um die Suspension zu rechtfertigen, und der vorgebliche Beweis, den er etwa antritt, wird schwerlich zur Genüge des Congresses aufzufallen. Es ist vorauszusehen, daß der Senat der Suspension seine nachträgliche Genehmigung versagen, mithin Stanton wieder einzusetzen wird. Außerdem ergibt sich für diejenige Partei, welche von der Anklage gegen den Präsidenten abzustehen nicht Willens ist, ein sehr willkommener Anhalt, Johnson der amtlichen mala fides in Handhabung der Gesetze zu bezeichnen. Als ein sehr auffallendes Zeichen wurde angesehen, daß Seward den abgesetzten Kriegsminister Tags darauf besuchte und sich mit ihm im Wagen sehen ließ. Gerüchte über den Rücktritt des Ministers für das Auswärtige, Ansprüchen auf sein Strebem nach der Präsidentenstelle wurden alsbald laut und die Journale begannen die Chancen, die Seward durch Abbrechung der Verbindung mit Johnson und seinem Anhänger gewinnen werde, sowie den Verlust an Popularität, den Grant sich durch Annahme des Portefeuilles zugezogen, zu besprechen. Was aber Stanton betrifft, so darf man sicher sein, daß der Congress den Mann, der während des Aufstandes der Südstaaten nie den Mut verlor, der, wie kein zweiter im Cabinet Lincoln's, auch in der traurigsten Lage auf die energische Fortsetzung des Krieges gegen die Rebellen drängt und mit Recht der Organisator des Sieges, der amerikanische Carnot genannt wird, den Mann, gegen den bei aller in den amtlichen Kreisen Amerikas herrschenden Corruption selbst seine Feinde nicht mehr den Vorwurf der Unehrhaftigkeit und Bestechlichkeit zu erheben wagen, den Mann, der seinen politischen Ansichten trotz des Gesinnungswechsels seines Chefs treu und der republikanischen Majorität eine nie wankende, wenn auch in Vereinzlung ohnmächtige Stütze im Cabinet Johnson's blieb — daß der Congress diesen Mann nicht der Willkür des ohnehin verhaften Präsidenten zum Opfer bringen wird.

— 15. August. [Tagesbericht.] Man berichtet, daß General Grant in einem Cabinetkatre für die Annahme einer liberaleren Reconstructionspolitik gesprochen habe. — General Sickles hat Befehl erhalten, in die Functionen der Bundesgerichtshöfe nicht einzugreifen. — General Pope hat den Beamten seines Bezirkes befohlen, politische Anzeigen nur in Zeitungen zu legen, welche die Reconstructionspolitik begünstigen. — Die Gerüchte von einer wahrscheinlichen Entfernung oder Resignation anderer Cabinetsbeamten werden widerrufen. Das Cabinet soll einträchtig sein. — Mr. Pendleton, früher Gefandter in Chili, ist in Virginien auf einen Erlaß des Richters Underwood wegen Meineides bei der Ablegung des Registrationseides verhaftet worden. — Mr. Ashley wird, wie man sagt, wegen Verschwörung und Zeugenbeflechtung in Anklagestand versetzt werden. — Der Washingtoner Correspondent der „Newyork Times“ sagt, daß die neulichen Conoverischen Enthüllungen das Werk einiger demokratischen Congressmänner waren, die sich gegen Mr. Ashley und andere Ankläger verschworen haben. — Die Indianer sind in einer Schlacht bei Fort Kearney in Nebraska geschlagen worden. — Der „Globe“, ein neues Newyorker Blatt, behauptet, daß man im Schatzdepartement in Washington eine ungeheure Mehrausgabe von Staatspapieren entdeckt habe, aber die Nachricht findet nirgends Glauben. — Admiral Tegetthoff ist in Neworleans angekommen und wartet auf Befehle.

## Provinzial - Zeitung.

Breslau, den 29. August. [Tagesbericht.]

○ Wahl-Angelegenheit. Bei den früheren Wahlhandlungen ist es sowohl hier als andernorts vorgekommen, daß die Herren Wahlvorsteher die anwesenden Wähler bei der Stimmenzählung aus dem Wahllocal hinauswiesen. Wir machen die Wähler aller Parteien im Interesse des gesetzähnlichen Verlaufs der Wahl darauf aufmerksam, daß dies Verfahren von keinem Gesetz geboten ist, vielmehr den Wählern das Recht, bei der Stimmenzählung anwesend zu sein, von Niemandem bestritten werden darf, und fordern die Wähler auf, an dieser Sachlage festzuhalten, worauf sie auch seitens des Wahlvereins-Borstandes der Gebirgsreiseinde besonders werden aufmerksam gemacht werden.

\* [Für Gebirgsreiseinde.] Da das vielbesuchte Schmiedeberg außerhalb der Hirschberg-Waldburger Bahn liegt, so hat Hr. F. Mathis, der Besitzer des Gutes zum „goldnen Stern“ in Schmiedeberg, von der Station Schildau aus eine besondere Personenbeförderung eingerichtet. Die Abfahrt von dieser Station erfolgt 30 Minuten nach Ankunft des Mittags 12 Uhr in Schildau ankommenden Personenzugs; das Fahrgeld beträgt nur 6 Sgr. Den vielen Reisenden, welche möglichst schnell die höher gelegenen Gegend des Gebirges erreichen wollen, kann diese Besförderung auf das Beste empfohlen werden.

+ [Glück im Unglüd.] Gestern Nachmittag um 5 Uhr hatte sich der neunjährige Sohn der vermählteten Frau Zahlmeister Börs, Namens Paul, in seiner in der dritten Etage des Hauses Matthiasstraße Nr. 15 belegenen elterlichen Wohnung zu weit mit dem Oberkörper an das nach dem Hofraume zu gehende Fenster gelegt, während er mit seinen Beinen auf einem dort stehenden hohen Stuhl kniete. Hierbei verlor er das Gleichgewicht und stürzte von dieser sehr beträchtlichen Höhe in den Hofraum hinab. Glücklicherweise schlug er bei diesem Falte mit seinem Körper auf das Ziegeldach des dicht an das Baudgebäude anstoßenden niedrigen Hinterhauses auf, von welchem aus er erst auf das Steinplaster des Hofraumes fiel. Die schnell herbeispringenden erschrockenen Hausbewohner glaubten im ersten Augenblick nicht anders als einen vollständig zerstörten Leichnam vorzufinden, doch ergab es sich wunderbar, daß der Knabe lebte, auch nicht ein Glied gebrochen und außer einer bedeutenden Contusion an der Stirn weiter keine Beschädigung erlitten hatte. Seine in der Baderstube anwesende Mutter erhielt erst von diesem Vorfall Nachricht, als man ihr den an der Stirn blutenden Sohn in die Wohnung brachte. Der eiligst herbeigeholte Arzt Herr Dr. Hennes erklärte, daß, wenn der verunglückte Knabe keine innere Verletzung erlitten habe, er binnen wenigen Tagen wieder hergestellt sein würde.

+ [Verschiedenes.] Die von der Kleinen Scheitnigerstraße über Brittenbach nach Scheitnig führende, im vorigen Jahre neu erbaute Chauffee war bisher gleich hinter Brittenbach in ihrem ganzen Laufe durch eine Curve unterbrochen, welche dadurch entstanden, daß der ehemalige Inspector, Carl Modler, der Besitzer der dort belegenen Ackerparzelle dieselbe gar nicht oder doch nur zu einem unverhältnismäßig hohen Preise hergeben wollte. Magistrat sah sich daher genötigt, von seinem Expropriationsrecht im Wege des Processes Gebrauch zu machen, der nun in diesen Tagen auch in dritter Instanz zu Gunsten der Stadtcommune entschieden worden ist, so daß seit gestern die Arbeiten zur Befestigung dieser Straßen-Curve begonnen haben.

„Um gestrigen Nachmittag machte die Stammgesellschaft des hiesigen Volksgartens ihren alljährlichen Ausflug und zwar nach dem für derartige Vergnügungen in jeder Beziehung angenehmen Mittag. — Ein durch Ihren Brauemeister Ruppel vorbereitetes vorzeitiges Mittagessen bewies die Hungenden, ein wohlsmiedendes Bier die Durstenden und dieses Schweißen bewies, daß ein jeder seine Schuldigkeit hat. — Nach aufgehobener

Tafel allgemeines Brämen-Bolzenschießen, welchem sich ein Ausflug nach Schönnitz anschloß, woselbst der Aufenthaltsort jedoch wegen vorgedritter Zeit sehr abgekürzt werden mußte, um in Sonth noch ein frugales Abendbrot einzunehmen. — Viel zu schnell waren für alle Theilnehmer diese schönen Stunden entflohen.

— Bei den Reparaturarbeiten an der Uferstraße ergiebt sich jetzt, daß das vor ca. 20 Jahren hergestellte Bohlwerk an der Oder Theileweise so defect geworden ist, daß eine Haltbarkeit auf lange Dauer nicht zu erwarten steht. Es wird demnach ganz oder zum Theil erneuert werden müssen, ein Umstand, der die Kosten natürlich nicht wenig erhöhen und die Arbeiten in die Länge ziehen wird. Schon jetzt erweitert durch die Abtragung des im vorigen Jahre aufgefahrene Aufwurfs und die Beschüttung der Böschung die Straße bedeutend erweitert.

Gestern gegen Abend stürzte ein ca. 6-jähriger Knabe in der Nähe des Hauses Uferstraße 20 vom Bohlwerk des Oderufers hinab in den Strom. Der Knabe wäre sicherlich ertrunken, wenn ihn nicht ein bei den Regulierungs-Arbeiten beschäftigter Arbeiter (wie wir hören Namens Nitsche) wieder herausgezogen hätte.

Um die für die Dampfer nötige Fahrtfei im Oderbett herzustellen, sind 12–15 Arbeiter beschäftigt, die für die Fahrt unbestimmten Stellen in der Nähe von Holland auszubaggern. Die Fahrstraße selbst ist durch sogenannte Mummen bezeichnet.

○ Görlitz, 28. August. [Schulangelegenheiten.] Verschiedenes. Nachdem am 26. d. Mts. das Abiturienten-Gymnasium am biegnen Gymnasium stattgefunden, in welchem die Brüder Wolff, Boden und Birtner, sämlich aus Görlitz, das Zeugnis der Reife erhalten haben, ist heute die Entlassungs-Prüfung an der hiesigen Realsschule abgehalten worden und haben 4 Jöglinge dieser Anstalt: v. Rabenau, Meilly, Stolz und Schindler, dasselbe glücklich absolviert. Für die 2. ordentliche Lehrerstelle an der höheren städtischen Töchterschule ist nach abgehaltener Probelection der Lehrer an der Bürger- und Halle, Dr. Schallach, von dem Magistrat gewählt worden; ob es den Bewilligungen des Rectors der Anstalt gelingen wird, den betreffenden Herrn schon zum 1. October, zugleich mit Dr. Menzel aus Bromberg, in sein Amt einzuführen, ist noch fraglich; gewiß würde es für die Anstalt vom größten Vorteile sein, wenn endlich die nun seit Jahr und Tag bestehenden Provisorien aufhören und vollständig geordnete Verhältnisse an derselben eintraten. Die Theilung der 6. Klasse hat nun mehr auch stattgefunden, und ist für dieselbe eine Lehrkraft vorläufig bis zum Schlus des Wintersemesters ange stellt worden. Der Erweiterungsbau des Schulhauses ist im Gange. Für die Realsschule ist in der Person des Dr. Richter aus Wriezen eine neue Lehrkraft gewonnen. — In unserem gesellschaftlichen Leben ist es ziemlich still; die für unseren Ort ungemein seltenen warmen Abende kommen unsern Musikkapellen sehr zu Gut, überall Concerte, und namentlich die in dem hübschen Locale der Befördererschen Brauerei sind überall. Auch das Sommertheater hat in den letzten Wochen recht gute Geschäfte gemacht; am Sonntag, den 1. September, schließt der Director Kruse die Sommerbühne und betritt vom October ab ein neues Feld der Tätigkeit. Das Ed. Schulze'sche Haus am Postplatz, ein Brachgebäude, das gewiß nicht von vielen Privatgebäuden in der Neidein an städtischer Front übertrffen wird, ist bis auf den Orlanstrich nunmehr vollendet und hat der Besitzer die unten ausgedehnten Räumlichkeiten des Flügels am Kreisgericht, dem ursprünglichen Plan gemäß, zu einer großen, eleganten Restauration einrichten lassen! Das Restaurationslocal auf dem entgegengesetzten Flügel des Gebäudes geht jetzt ein, um einer eleganten Conditorei Platz zu machen, welche ein Frankfurter Conditor übernehmen wird, und die neueinwirktende Restauration übernimmt dann Herr Kruse. Da derselbe nicht nur ein umsichtiger und thätiger Mann, sondern auch aus früheren Lebensverhältnissen zur Führung eines solchen Geschäfts qualifiziert ist, so läßt sich wohl annehmen, daß das städtische Local in gute Hände gekommen sein wird. Ob Herr Kruse mit seinem Restaurationslocal später ein hinter dem derselben errichtendes Sommertheater in Verbindung bringen wird, hängt natürlich von mancherlei Bedingungen ab; die Ansicht hat derselbe wenigstens ausgesprochen. Da Herr Kruse bereit ist Engagement auf 3 Monate für Hirschberg abzuschließen, hat derselbe einem tüchtigen Mitgliede seiner jetzigen Gesellschaft seine Theatereffecten pachtweise überlassen, so daß dieser für ihn in die übernommenen contraktlichen Verpflichtungen eintritt. Uebrigens ist noch ein zweites Vergnügungslocal für unsere nächste Umgebung im Werden. Der bisherige Bäcker unserer „Societät“ Herr Müsller, wird das ihm gehörige am Fuße der Landskron belegene Gastraß „Zur Stadt Berlin“ so erweitern und ausbauen, daß derselbe allen Anforderungen eines confortablen Locals entspricht, so daß dann auch an diesem angenehm gelegenen Stationspunkt den Besuchern der Landskron Gelegenheit geboten werden wird, noch an einer kühlen Quelle, geschützt gegen alle Launen der Witterung, ihren Durst zu löschen.

E. Hirschberg, 28. August. [Ein Sängertag.] In Übereinstimmung mit der Liedertafel und den Vertretern der Stadt Schmiedeberg soll derselbe den 15. Sept. der vorigen Jahr projiziert, aber politischer Verhältnisse halber unterblieben, Sängertag nebst Generalversammlung vom „Riesenbergs-Sängerbund“ abgehalten werden. In dem von einem verehrlichen Vorstande uns freundlich überwiesenen Programme wird die Hoffnung ausgesprochen, daß die Mitglieder der Bundes-Gesang-Vereine „zur Verherrlichung des edlen deutschen Gesanges, zur Ehre des Bundes und zur Ehre des leider zu früh entstiegenen Dirigenten, des königl. Musik-Directors Julius Tschirch, dessen Lieblingssänger der Zusammenhalt eines größeren Sängerkreises in unseren Bergen war, dadurch beitragen würden“, daß sie recht zahlreich zum Sängertag erscheinen. Das Engagemen des Hrn. Music-Director Rudolph Tschirch (Berlin) wird bei diesem Feste in Aussicht gestellt. Der Empfang der Sänger soll Morgens 9 Uhr vor dem Rathause, 10 Uhr Versammlung der Repräsentanten im Schiekhause, 11 Uhr Generalprobe, 2 Uhr (Nachm.) Aufführung zum Festzug und 3 Uhr der Festzug nach dem Marktplatz u. s. w. stattfinden. Auf dem Festplatze, dem „Schützenplane“, werden gemeinschaftliche Gesänge aller, sowie die der einzelnen Vereine vorgetragen werden. Indem wir den Festgenossen so schönes Wetter wie an ihrem ersten, in Hermsdorf u. R. und auf dem Knaute abgehaltenen „Sängertage“ von ganzem Herzen wünschen, sind wir von der freundlichen Aufnahme seitens der Stadt Schmiedeberg überzeugt, die gewiß den zweiten Sängertag in dieser Beziehung dem ersten, im freundlichen, geschilderten Hermsdorf abgehaltenen gleichzustellen haben wird, wenn Jupiter pluvius sonst bei guter Laune ist und ihn nicht zu Wasser werden läßt.

○ Waldenburg i. Sch., 29. August. [Verschiedenes.] Hierorts erscheinen wöchentlich zweimal, Mittwoch und Sonnabend, zwei Localblätter, nämlich das „Dom

(Fortsetzung.)  
bedeutendste Saison brachte. Die Badeverwaltung hat deshalb auch bereits allen Ernstes auf eine Erweiterung der Badeeinrichtungen Bedacht genommen, und ist die Vergroßerung des Steinbades durch den Neubau eines Saales, und zehn neuer Bade-Cabinets, sowie die demnächstige Vergroßerung des Georgenbades unter Hinzunahme der alten Inspections-Gebäude und des Bergstocks — vorausgesetzt, daß nach sachverständiger Prüfung nicht etwa die Quellen durch diesen Neubau gefährdet werden — so gut wie gesichert. Ob dabei der Neubau eines Theaters, so vielfach derselbe auch angeregt wird, eine Notwendigkeit für Bad Lande ist, dürfte fraglich erscheinen, da die Umgebung des Bades zu viel Natur Schönheit bietet, als daß ein Theater dort sehr frequentiert werden möchte. Ihre königl. Hoheit Frau Prinzessin Carl, welche Bad Lande sechs nach einander folgende Jahre mit ihrem Besuch erfreut hat, weilt seit dem 19. d. Mts. abermals in demselben und hat in Steinbade Wohnung genommen.

\* Bad Lande, 28. Aug. [Künstlerisches.] Der bereits rühmlich bekannte 12jährige Violinist Gustav Holländer aus Leobschütz hatte, nachdem er hier vor einem auernähten Auditorium zwei Mal im Curaal mit brillanter Erfolge aufgetreten war, heute die Ehre, in der Wohnung der Prinzessin Carl Königl. Hoheit (im Stein-Bade) in Gegenwart der Gräfin Seidewitz und des Kammerherrn Grafen Brühl vier Piecen auf der Violine vorzutragen. Die Prinzessin nahm jede einzelne Piece mit großem Beifall auf.

○ Gleiwitz, 28. August. [Aufbören der Cholera. — Wahl. — Feierlichkeiten.] Nachdem die Sanitäts-Commission in ihrer Sitzung vom 24. d. M. festgestellt hat, daß hierorts seit dem 15. d. M. kein Erkrankungsfall an der Cholera und seit dem 16. kein Sterbefall vorgekommen, wurde von Seiten des Magistrats am 25. d. M. bekannt gemacht, daß die Cholera am biesigen Orte als erloschen zu erachten sei. Nach amtlichen Berichten sind seit dem ersten Fälle am 25. April bis zum Erhöhung im Ganzen 520 Personen erkrankt und 239 davon gestorben, und demnach davon 281 genesen. Sie hatte also, den Gerüchten gegenüber, die mit einiger Absicht verbreitet wurden, wie es jetzt unzweifelhaft feststeht, einen überraschenden Verlauf. Was den Gerüchten einige Halt bot und den Schrecken vermehrte, war der Umstand, daß in den von der Seuche heimgesuchten Häusern fast immer mehrere Personen starben; in einem Hause auf der Babenbousstraße waren in wenigen Tagen 18 Leichen und in einem andern hinter dem Gymnasium starben von den 13 Bewohnern desselben innerhalb vier Tagen 12 Personen, und das gar sehr viele sich um diese Zeit unwohl fühlten. Viele Familien flüchteten sich daher und das erhöhte die Angst der Zurückgebliebenen; die Flüchtigen selbst übertraten in einem unwillkürlichen Triebe zur Rechtsfertigung ihrer Flucht die in Umlauf gesetzten Gerüchte. Bei der angegebenen Zahl der Verstorbenen und der großen Heimsuchung der betroffenen Familien, die fast immer mehrere Mitglieder verloren, ist es von selbst ersichtlich, daß manche Straßen und sehr viele Häuser der andern ganz verschont blieben. Es durften im Ganzen, einzelne Erkrankungsfälle ausgenommen, etwa zwischen 50 und 60 Häuser nur von der Seuche betroffen worden sein. — Für die Wahl eines Deputierten ist bis jetzt nichts geschiehen. Die Fortschrittspartei, die bei der früheren Wahl den Rechtsanwalt Kneusel als Kandidaten aufgestellt, hat sich für den Herzog von Württemberg erklärkt und geht mit der Regierung stillschweigend zusammen. Dagegen empfiehlt der katholische Wahlverein zu Breslau durch ein anonymes Interat im „Oberländer Wanderer“ den Wirk. Geheimrat Herrn v. Savigny. — Der biesige Feuerrettungs- und Turnverein feiert zum 15. September sein Stiftungsfest, verbunden mit der Einweihung des Steigerhauses, und trifft dazu große Vorbereitung.

### Vorträge und Vereine.

+ Breslau, 29. Aug. [Im katholischen Volks-Vereine,] welcher gestern Abend im großen Saale des russischen Kaisers abgehalten wurde und gegen 400 Personen besucht war, gab der Director Herr Kaufm. Rödel von einer facitiae Verichtigung gegenüber den Behauptungen im conservativen Vereine, als habe der Volksverein ein durch die Aufstellung des Professor Dr. Kuhen als Candidat für den Reichstag anzubahnendes Comproposit abgelehnt. Der Vorstand des Volksvereins bestätigte, Kuhen als Kandidaten aufzustellen und übertrug Prof. Dr. Elbenich die Rückfrage mit demselben bezüglich einer Erklärung über die Annahme der Wahl durch ihn. Der Vorstand blieb aber nicht nur bis zu der von ihm abzuhaltenen Vorbereitung, sondern selbst über diejenige General-Versammlung des Vereins hinaus, in welcher die Reichstags-Candidaten proklamiert wurden, ohne jede Rücksichtnahme, so daß er, von der vorsichtigen Zeit zu einem Entschluß gebracht, sich veranlaßt sah, neben Herrn Prof. Elbenich den Geh. Rath Herrn v. Götz als Kandidaten aufzustellen, welcher letztere die Annahme einer Wahlkandidatur zugesagt hatte. Erst am Tage, nadem bereits die General-Versammlung des kathol. Volks-Vereins die Kandidaturen der Herren Elbenich und v. Götz festgestellt, ging auch von Herrn Professor Kuhen die Erklärung ein, daß er bereit sei, eine Kandidatur auf den Grundlage des vom katholischen Volks-Vereine aufgestellten Programms zu übernehmen. Leider war es zu spät, darauf noch rücksichtigen zu können. Diese Darstellung des Sachverhalts, welche der Redner, wird wohl danach angebahn sein, die Verdächtigung zum Schweigen zu bringen, als ob die Katholiken nur ihre Parteiinteressen geltend machen wollten. Es wäre, hätte sich hierfür die gewöhnliche Gelegenheit geboten, denselben gewiß lieb gewesen, mit den Conservativen durch die Aufführung des Prof. Kuhen eine Vereinbarung herbeizuführen und durch dieselbe den resp. Kandidaten durchzubringen. Wie die Sachen aber liegen, können der katholische Volks-Verein vor der Commidatur Elbenich's und v. Götz's nicht absehen.

Im Anschluß an diese Darlegung fußt der Redner dem Vorwurf zu begegnen, welcher den Katholiken gemacht werde: einen Misslang in die Wahlbewegung dadurch gebracht zu haben, daß sie auf einmal Politik und Religion vermischt. Dieser Vorwurf ist unverrichtigt. Es steht doch nicht so sicher, daß Politik und Religion, wie man behauptet, miteinander nichts zu schaffen haben. Wenn die Politik diejenige Staatsaktion ist, welche das Gebäude des Staates für alle Staatsbürger aufrichtet, so ist es Sache auch der Katholiken, mitzubauen an diesem Gebäude, damit sie sich wohlig in demselben fühlen und befinden. Wie dies im staatlichen Leben der Fall ist, es auch in dem der Gemeinde. Und gerade hier finden sich für die 60,000 Katholiken Breslaus die naheliegendsten Ursachen, es nicht dem Zufall zu überlassen, ob den Vertretern der Gemeinde auch Katholiken beigeordnet werden oder nicht. Ein Müßigbleiben der Katholiken in dem Bestreben, Katholiken in die Gemeindewerthebung zu bringen, würde nur zu leicht ein Fernbleiben derselben von dieser Werthebung herbeiführen, und es käme dann dahin, daß über Fragen, wie die wegen Errichtung einer sächsischen höheren Unterrichts-Anstalt, über Bewilligung von Cultusausgaben &c. ohne Katholiken entschieden würde. Daher empfiehlt Redner rege Belheiligung sowohl bei den bevorstehenden Reichstagswahl wie auch bei den Communal-Wahlen.

Nach kurzer Pause spricht Herr Consistorialrath Schuppe über die Steuerfrage. Manch kluges und manch thörichtes Wort, bemerkt der Redner, in neuerdings über die Steuern und deren Erhöhung in der Presse, wie in Vereinen laut geworden. Von der gegenwärtigen Stelle sei über diese Frage noch nicht gesprochen worden, obwohl der Saal, in dem die Versammlungen des Vereins stattfinden, geeignet, an die materiellen Interessen des Lebens zu erinnern. Man könnte die Unterlassung für eine Versammlung des Vorstandes halten; es war jedoch natürlich, daß der katholische Volks-Verein während der kurzen Zeit seines Bestehens zunächst sein Augenmerk den katholischen Interessen zuwende. In dem Wunsche, in wenig Steuern als möglich zu zahlen, treffen ja Alle zusammen! Die Frage ist jedoch nachgerade zur brennenden geworden und sie soll daher auch hier ihre Cürterung finden. Der Ausgangspunkt aller Debatten über die Steuerfrage ist das Programm Harckots: „Keine neuen Steuern!“ Dieses Programm ist deshalb von so einschneidendem Bedeutung, weil von offiziellen oder doch inspirirten Fédern die Vermehrung der Steuern in Aussicht gestellt worden ist. Das Gescheh ist zwar wieder verstimmt, die Frage aber geblieben und so ist ihre Bedeutung auch jetzt noch eine zeitgemäße. Wenn wir wünschen, daß keine Steuererhöhung eintrete, so hat das seinen Grund darin: In Preußen entfällt zur Deckung der aufzubringenden Staatsausgaben auf den Kopf etwa der Betrag von 4 Thaler. Dieser Betrag ist gering im Verhältniß zu dem, welches in mehreren anderen Ländern ausgebracht wird. Es muß dabei jedoch in Betracht gezogen werden, daß neben den Staatssteuern von den Bürgern eine Menge Communalsteuern für Sachen gezahlt werden, die in anderen Staaten auf dem Stat von diesem stehen. So haben wir in Preußen durch Communal-Abgaben &c. die gar nicht unbedeutenden Kosten zu decken, welche für Begebauten, Straßenausbau &c. erwachsen, während diese Kosten in Frankreich vom Staat getragen werden. Der Betrag der Steuern wird jedoch dadurch deutend höher, daß er sich nicht auf die Kopfszahl, sondern auf die Familien verteilt und das ein großer, ja der überwiegende Theil der Bevölkerung jener Kategorie der Steuerzahler ist, welche weniger als jährlich 4 Thaler an Staatssteuern zahlt. Es ist daher der Wunsch gerechtfertigt, Kandidaten für

den Reichstag aufzustellen, von denen mit Bestimmtheit zu erwarten ist, daß sie Einsicht und Mut genug besitzen, eine Steuererhöhung zurückzuweisen. Hierbei ist nicht zu vergeßen, daß jede Regierung sich berufen fühlt, nicht nur das, was sie als notwendig, sondern auch das, was sie als nützlich erachtet, durchzuführen und sonach das Budget zu erhöhen zum Wohle des Landes. Diesem Bestreben gegenüber muß die Volksvertretung sich die Aufgabe stellen, die Ausgaben möglichst zu vermindern, den Druck derselben möglichst zu mildern. Es ist laut geworden, daß beim Reichstage die Erhebung einer Reichssteuer beantragt werden solle und man hat dieser Steuer gegenüber im Besonderen den Ruf erhoben: Keine neuen Steuern! weil man annimmt, daß zwar durch den Reichstag die Reichssteuer eingeführt, nicht aber auch die Landesteuer abgeschafft werden könnten, also zu den bestehenden Steuern die neue Reichssteuer treten würde. Redner nimmt den Fall nicht an, obgleich er einräumt, daß diese Deduction viel für sich hat. Nach Artikel 109 der preußischen Verfassung werden bestehende Steuern so lange fortgehalten, bis sie durch ein Gesetz aufgehoben sind. Beabsichtigt nun auch die Regierung die Heraufsetzung einer Steuer, so könnte es doch kommen, daß z. B. das Abgeordnetenhaus zwar mit der Maßregel einverstanden wäre, das Herrenhaus aber die beabsichtigte Ermäßigung bei einer anderen Steuer für angemessener erachtete; eine Einigung wird nicht erzielt und — die alte Steuer wird fortgehalten, bis ein Gesetz über die Steueränderung zu Stande gekommen ist. Sind aber auf diese Weise erst Gelder disponibel, dann finden sich immer eine genügende Zahl von Gründen für deren Verwendung! (Bravo!) Demungescheit ist das oben angezogene Programm nicht ganz richtig. Es ist nämlich vollkommen zulässig, daß der Reichstag bei Einführung einer Reichssteuer den Übergangs-Paragraphen beschließt: „Diese Steuer wird erst erhoben, wenn ein entsprechender Anteil der Landesteuer verabschafft!“ Für Preußen ist die Einführung einer Steuererhöhung nicht wahrscheinlich. Es stehen, wie officials versichert worden ist, keine außerordentlichen Ausgaben in Aussicht; es ist auch in keiner Weise nachgewiesen worden, daß die Staatseinnahme hinter den Staats-Positionen zurückgeblieben sind, ja es ist geradezu das Gegenteil versichert worden. Nun entsteht die Frage, ob eine neue Reichssteuer überhaupt zu empfehlen sei? Die Bundesverfassung sieht fest, daß gewisse Steuern zur Bundeslast sießen und der dadurch nicht bedekte Bedarf durch Matricular-Beiträge nach der Kopfszahl aufgebracht werde. Diese Erhebung erscheint angemessener als die Einführung einer Reichssteuer; es wird bei jener das bevölkertere und daher wohlbabendere Land in gerechterer Weise zur Steuerlast herangezogen, als wenn auf einen bestimmten Industriezweig, den vielleicht nur das eine Land in hervorragender Weise betreibt, eine Steuer gelegt wird. Aus dem Aller geht die Stellung her vor, welche der Steuerfrage gegenüber den Herren, wie von diesen Vertretern einzunehmen ist. Der Vorstand glaubt jedoch, daß es bei der gegenwärtigen Lage der Angelegenheit, welche noch in keiner Weise festgestellte Vorschläge für eine eventuelle Steuererhöhung herbeigeführt hat, auch nicht angemessen sei, über die resp. Frage eine Resolution zu fassen. Die Hauptfrage sei, Männer zu wählen, welche keiner weiteren Steuerbelastung des Volkes zustimmen. Und als solche Männer sind die Kandidaten anzusehen, welche der katholische Volks-Verein für den Reichstag aufgestellt hat. Beide kennen in Theorie und Praxis die Bedürfnisse des Landes; ihre Wahl sei daher wärmstens empfohlen. (Lebhafter Beifall.)

Nach wieder einer Pause ergreift Herr Canonicus Dr. Künzer das Wort und führt aus: Wenn abermals ein katholischer Geistlicher die Ehre hat, in dem Vereine das Wort zu ergreifen, so dürfte es angemessen erachten, den Standpunkt klar zu machen, den der katholische Geistliche und der Volksverein zu ihren Mitbürgern einnehmen. Als ich das erste Mal in die Versammlung des Volksvereins kam, fand ich vor dem Hause zwei Männer, von denen der eine den anderen aufsägte, doch mit in die Versammlung des katholischen Volksvereins zu kommen. Der aber sagte: Ach nein, ich bin kein befürderer Freund der Geistlichen. Und der Mann hatte vielleicht Recht daran, kein Freund der Geistlichen zu sein; er hatte vielleicht Erfahrungen gemacht, die ihn bestreiten, mit den Geistlichen unzufrieden zu sein; das kann ja vorkommen und ist auch nicht von besonderer Wichtigkeit; etwas Anderes aber ist es, daß man uns (b. b. den katholischen Geistlichen) zumutet, unseres Einfalls in unserem Interesse dorthin auszuholen, eine clericale Strömung herbeizuführen. Wäre der katholische Volksverein ein solcher, clericale Tendenzen zu nähren — ich möchte nicht Mitglied derselben sein! (Bravo!) Denn ich halte es für ein Unrecht, wenn ein Stand, dem Gott eine ganz besondere Stellung gegeben, den Verein dazu missbrauchen wollte, um seine Sonderinteressen vertreten zu sehen. Dabei ist es ganz gut zulässig, daß Jeder im Vereine das Recht vertritt, welches ihm zusieht. Man hat behauptet: Wenn der katholische Volksverein vielleicht auch nicht clericale Interessen verfolgt, so doch — ultramontane. Als ich die Ehre hatte, im Reichstag zu sitzen, wurde mir eine Broschüre zugestellt, in welcher die Mitglieder nach Provinzen und Parteien geordnet. Hinter meinem Namen stand die Bezeichnung: ultramontan. Wenn der Verfasser, um mich zu kennzeichnen, gesagt hätte: ich sei römisch-katholisch, so hätte ich mir das gefallen lassen; ich betrachte es als meine Ehre, römisch-katholisch zu sein, so katholisch, wie der heilige Vater in Rom (Bravo); aber mich ultramontan zu nennen, dazu hätte der Verfasser kein Recht; ich heiße nicht Mitglied derselben sein! (Bravo!) Denn ich halte es für ein Unrecht, wenn ein Stand, dem Gott eine ganz besondere Stellung gegeben, den Verein dazu missbrauchen sollte, um seine Sonderinteressen vertreten zu sehen. Dabei ist es ganz gut zulässig, daß Jeder im Vereine das Recht vertritt, welches ihm zusieht. Man hat behauptet: Wenn der katholische Volksverein vielleicht auch nicht clericale Interessen verfolgt, so doch — ultramontane. Als ich die Ehre hatte, im Reichstag zu sitzen, wurde mir eine Broschüre zugestellt, in welcher die Mitglieder nach Provinzen und Parteien geordnet. Hinter meinem Namen stand die Bezeichnung: ultramontan. Wenn der Verfasser, um mich zu kennzeichnen, gesagt hätte: ich sei römisch-katholisch, so hätte ich mir das gefallen lassen; ich betrachte es als meine Ehre, römisch-katholisch zu sein, so katholisch, wie der heilige Vater in Rom (Bravo); aber mich ultramontan zu nennen, dazu hätte der Verfasser kein Recht; ich heiße nicht Mitglied derselben sein! (Bravo!) Denn ich halte es für ein Unrecht, wenn ein Stand, dem Gott eine ganz besondere Stellung gegeben, den Verein dazu missbrauchen sollte, um seine Sonderinteressen vertreten zu sehen. Dabei ist es ganz gut zulässig, daß Jeder im Vereine das Recht vertritt, welches ihm zusieht. Man hat behauptet: Wenn der katholische Volksverein vielleicht auch nicht clericale Interessen verfolgt, so doch — ultramontane. Als ich die Ehre hatte, im Reichstag zu sitzen, wurde mir eine Broschüre zugestellt, in welcher die Mitglieder nach Provinzen und Parteien geordnet. Hinter meinem Namen stand die Bezeichnung: ultramontan. Wenn der Verfasser, um mich zu kennzeichnen, gesagt hätte: ich sei römisch-katholisch, so hätte ich mir das gefallen lassen; ich betrachte es als meine Ehre, römisch-katholisch zu sein, so katholisch, wie der heilige Vater in Rom (Bravo); aber mich ultramontan zu nennen, dazu hätte der Verfasser kein Recht; ich heiße nicht Mitglied derselben sein! (Bravo!) Denn ich halte es für ein Unrecht, wenn ein Stand, dem Gott eine ganz besondere Stellung gegeben, den Verein dazu missbrauchen sollte, um seine Sonderinteressen vertreten zu sehen. Dabei ist es ganz gut zulässig, daß Jeder im Vereine das Recht vertritt, welches ihm zusieht. Man hat behauptet: Wenn der katholische Volksverein vielleicht auch nicht clericale Interessen verfolgt, so doch — ultramontane. Als ich die Ehre hatte, im Reichstag zu sitzen, wurde mir eine Broschüre zugestellt, in welcher die Mitglieder nach Provinzen und Parteien geordnet. Hinter meinem Namen stand die Bezeichnung: ultramontan. Wenn der Verfasser, um mich zu kennzeichnen, gesagt hätte: ich sei römisch-katholisch, so hätte ich mir das gefallen lassen; ich betrachte es als meine Ehre, römisch-katholisch zu sein, so katholisch, wie der heilige Vater in Rom (Bravo); aber mich ultramontan zu nennen, dazu hätte der Verfasser kein Recht; ich heiße nicht Mitglied derselben sein! (Bravo!) Denn ich halte es für ein Unrecht, wenn ein Stand, dem Gott eine ganz besondere Stellung gegeben, den Verein dazu missbrauchen sollte, um seine Sonderinteressen vertreten zu sehen. Dabei ist es ganz gut zulässig, daß Jeder im Vereine das Recht vertritt, welches ihm zusieht. Man hat behauptet: Wenn der katholische Volksverein vielleicht auch nicht clericale Interessen verfolgt, so doch — ultramontane. Als ich die Ehre hatte, im Reichstag zu sitzen, wurde mir eine Broschüre zugestellt, in welcher die Mitglieder nach Provinzen und Parteien geordnet. Hinter meinem Namen stand die Bezeichnung: ultramontan. Wenn der Verfasser, um mich zu kennzeichnen, gesagt hätte: ich sei römisch-katholisch, so hätte ich mir das gefallen lassen; ich betrachte es als meine Ehre, römisch-katholisch zu sein, so katholisch, wie der heilige Vater in Rom (Bravo); aber mich ultramontan zu nennen, dazu hätte der Verfasser kein Recht; ich heiße nicht Mitglied derselben sein! (Bravo!) Denn ich halte es für ein Unrecht, wenn ein Stand, dem Gott eine ganz besondere Stellung gegeben, den Verein dazu missbrauchen sollte, um seine Sonderinteressen vertreten zu sehen. Dabei ist es ganz gut zulässig, daß Jeder im Vereine das Recht vertritt, welches ihm zusieht. Man hat behauptet: Wenn der katholische Volksverein vielleicht auch nicht clericale Interessen verfolgt, so doch — ultramontane. Als ich die Ehre hatte, im Reichstag zu sitzen, wurde mir eine Broschüre zugestellt, in welcher die Mitglieder nach Provinzen und Parteien geordnet. Hinter meinem Namen stand die Bezeichnung: ultramontan. Wenn der Verfasser, um mich zu kennzeichnen, gesagt hätte: ich sei römisch-katholisch, so hätte ich mir das gefallen lassen; ich betrachte es als meine Ehre, römisch-katholisch zu sein, so katholisch, wie der heilige Vater in Rom (Bravo); aber mich ultramontan zu nennen, dazu hätte der Verfasser kein Recht; ich heiße nicht Mitglied derselben sein! (Bravo!) Denn ich halte es für ein Unrecht, wenn ein Stand, dem Gott eine ganz besondere Stellung gegeben, den Verein dazu missbrauchen sollte, um seine Sonderinteressen vertreten zu sehen. Dabei ist es ganz gut zulässig, daß Jeder im Vereine das Recht vertritt, welches ihm zusieht. Man hat behauptet: Wenn der katholische Volksverein vielleicht auch nicht clericale Interessen verfolgt, so doch — ultramontane. Als ich die Ehre hatte, im Reichstag zu sitzen, wurde mir eine Broschüre zugestellt, in welcher die Mitglieder nach Provinzen und Parteien geordnet. Hinter meinem Namen stand die Bezeichnung: ultramontan. Wenn der Verfasser, um mich zu kennzeichnen, gesagt hätte: ich sei römisch-katholisch, so hätte ich mir das gefallen lassen; ich betrachte es als meine Ehre, römisch-katholisch zu sein, so katholisch, wie der heilige Vater in Rom (Bravo); aber mich ultramontan zu nennen, dazu hätte der Verfasser kein Recht; ich heiße nicht Mitglied derselben sein! (Bravo!) Denn ich halte es für ein Unrecht, wenn ein Stand, dem Gott eine ganz besondere Stellung gegeben, den Verein dazu missbrauchen sollte, um seine Sonderinteressen vertreten zu sehen. Dabei ist es ganz gut zulässig, daß Jeder im Vereine das Recht vertritt, welches ihm zusieht. Man hat behauptet: Wenn der katholische Volksverein vielleicht auch nicht clericale Interessen verfolgt, so doch — ultramontane. Als ich die Ehre hatte, im Reichstag zu sitzen, wurde mir eine Broschüre zugestellt, in welcher die Mitglieder nach Provinzen und Parteien geordnet. Hinter meinem Namen stand die Bezeichnung: ultramontan. Wenn der Verfasser, um mich zu kennzeichnen, gesagt hätte: ich sei römisch-katholisch, so hätte ich mir das gefallen lassen; ich betrachte es als meine Ehre, römisch-katholisch zu sein, so katholisch, wie der heilige Vater in Rom (Bravo); aber mich ultramontan zu nennen, dazu hätte der Verfasser kein Recht; ich heiße nicht Mitglied derselben sein! (Bravo!) Denn ich halte es für ein Unrecht, wenn ein Stand, dem Gott eine ganz besondere Stellung gegeben, den Verein dazu missbrauchen sollte, um seine Sonderinteressen vertreten zu sehen. Dabei ist es ganz gut zulässig, daß Jeder im Vereine das Recht vertritt, welches ihm zusieht. Man hat behauptet: Wenn der katholische Volksverein vielleicht auch nicht clericale Interessen verfolgt, so doch — ultramontane. Als ich die Ehre hatte, im Reichstag zu sitzen, wurde mir eine Broschüre zugestellt, in welcher die Mitglieder nach Provinzen und Parteien geordnet. Hinter meinem Namen stand die Bezeichnung: ultramontan. Wenn der Verfasser, um mich zu kennzeichnen, gesagt hätte: ich sei römisch-katholisch, so hätte ich mir das gefallen lassen; ich betrachte es als meine Ehre, römisch-katholisch zu sein, so katholisch, wie der heilige Vater in Rom (Bravo); aber mich ultramontan zu nennen, dazu hätte der Verfasser kein Recht; ich heiße nicht Mitglied derselben sein! (Bravo!) Denn ich halte es für ein Unrecht, wenn ein Stand, dem Gott eine ganz besondere Stellung gegeben, den Verein dazu missbrauchen sollte, um seine Sonderinteressen vertreten zu sehen. Dabei ist es ganz gut zulässig, daß Jeder im Vereine das Recht vertritt, welches ihm zusieht. Man hat behauptet: Wenn der katholische Volksverein vielleicht auch nicht clericale Interessen verfolgt, so doch — ultramontane. Als ich die Ehre hatte, im Reichstag zu sitzen, wurde mir eine Broschüre zugestellt, in welcher die Mitglieder nach Provinzen und Parteien geordnet. Hinter meinem Namen stand die Bezeichnung: ultramontan. Wenn der Verfasser, um mich zu kennzeichnen, gesagt hätte: ich sei römisch-katholisch, so hätte ich mir das gefallen lassen; ich betrachte es als meine Ehre, römisch-katholisch zu sein, so katholisch, wie der heilige Vater in Rom (Bravo); aber mich ultramontan zu nennen, dazu hätte der Verfasser kein Recht; ich heiße nicht Mitglied derselben sein! (Bravo!) Denn ich halte es für ein Unrecht, wenn ein Stand, dem Gott eine ganz besondere Stellung gegeben, den Verein dazu missbrauchen sollte, um seine Sonderinteressen vertreten zu sehen. Dabei ist es ganz gut zulässig, daß Jeder im Vereine das Recht vertritt, welches ihm zusieht. Man hat behauptet: Wenn der katholische Volksverein vielleicht auch nicht clericale Interessen verfolgt, so doch — ultramontane. Als ich die Ehre hatte, im Reichstag zu sitzen, wurde mir eine Broschüre zugestellt, in welcher die Mitglieder nach Provinzen und Parteien geordnet. Hinter meinem Namen stand die Bezeichnung: ultramontan. Wenn der Verfasser, um mich zu kennzeichnen, gesagt hätte: ich sei römisch-katholisch, so hätte ich mir das gefallen lassen; ich betrachte es als meine Ehre, römisch-katholisch zu sein, so katholisch, wie der heilige Vater in Rom (Bravo); aber mich ultramontan zu nennen, dazu hätte der Verfasser kein Recht; ich heiße nicht Mitglied derselben sein! (Bravo!) Denn ich halte es für ein Unrecht, wenn ein Stand, dem Gott eine ganz besondere Stellung gegeben, den Verein dazu missbrauchen sollte, um seine Sonderinteressen vertreten zu sehen. Dabei ist es ganz gut zulässig, daß Jeder im Vereine das Recht vertritt, welches ihm zusieht. Man hat behauptet: Wenn der katholische Volksverein vielleicht auch nicht clericale Interessen verfolgt, so doch — ultramontane. Als ich die Ehre hatte, im Reichstag zu sitzen, wurde mir eine Broschüre zugestellt, in welcher die Mitglieder nach Provinzen und Parteien geordnet. Hinter meinem Namen stand die Bezeichnung: ultramontan. Wenn der Verfasser, um mich zu kennzeichnen, gesagt hätte: ich sei römisch-katholisch, so hätte ich mir das gefallen lassen; ich betrachte es als meine Ehre, römisch-katholisch zu sein, so katholisch, wie der heilige

lichen Eingängen sind zu erwähnen: 1) Das Programm zur siebenten großen Blumen- und Pflanzen-Ausstellung der Gartenbau-Gesellschaft „Flora“ in Frankfurt a. M. vom 9. bis 16. April 1868, und 2) das Preis-Berichtsblatt für 1867 von ausgewählten Berliner und Harlemer Blumenzweiheln vom Kunst- und Handelsgärtner C. de la Croix in Berlin. — Hierauf erstattete der Sekretär Bericht aus der „Berliner Wochenschrift für Gartenbau u. c.“ nach welchem eine Notiz des Pariser Landschafts- und Obergärtner André über den Verbrauch von Obst interessierte. Es wurden nämlich im Jahre 1866 in Paris verbraucht und nach außerhalb versendet: 10,000 Centner Pfirsichen, 12,000 Ctr. Aprikosen, 3,200,000 Ctr. Äpfel, 4,500,000 Ctr. Birnen, 18,000,000 Ctr. Weintrauben und 2,400,000 Ctr. Stachel- und Johannisbeeren. Es wäre zu wünschen, daß auch bei uns dergleichen Zusammenstellungen zur öffentlichen Kenntnis gebracht würden, um hierach den Culturaufstand zu bemessen. — Nicht minder wichtig ist die Anzahl des chinesischen Teestrausches. So hat z. B. eine Tee-Anpflanzung in dem reservirten Pflanzengarten auf dem Pariser Marsfeld während der Industrie-Ausstellung großes Aufsehen erregt und ist trotz des belohneren Eintrittsgeldes sehr besucht worden. Sollte es daher nicht ratsam erscheinen, den chinesischen Teestraus gleich den Camellien in unseren Gewächshäusern zu cultivieren? Wenn auch die Blüthen des Ersteren mit denen des Letzteren mit immergrünen Blättern nicht gleich imponieren, so ist das dunkelgrüne Laub doch wenigstens ebenso schön! Und welch vorzügliches Getränk liefert uns nicht diese Tee-Pflanze? — Schließlich beantragt Mitglied Carlo, daß in nächster Sitzung (am 18. September im Hotel de Saxe) ein bestimmtes Programm zur projectierten Obst-Ausstellung vorgelegt werde.

R. Myslowitz, 27. Aug. [Vorschuss-Verein.] In der gestern in Grunwald's Hotel abgehaltenen General-Versammlung standen 4 Fragen auf der Tagesordnung. 1) Wahl der Einschätzungs-Commission, 2) Erhöhung des Eintrittsgeldes, 3) betreffend die Spar-Ordnung, 4) Mitteilung der Binschüsse. — Der Vorsitzende, Herr Hermann Haberkern, thieß zubriderst der Versammlung das erfreuliche Resultat mit, daß der Verein jetzt 77 Mitglieder zählt, und ging dann zur Tagesordnung über. Ad I. entfaltete sich eine längere Debatte und zwar speziell über den Modus der Wahl. Der Antrag des Herrn Dr. Mattersdorf, welcher die Wahl nicht durch Aclamation, sondern als eine geheime, durch Stimmzettel, erreicht seien wollte, wurde mit überwiegender Majorität angenommen. Dieselbe fiel auf die Herren Kaufmann Chelinstki, Kaufmann Rothmann, Schmiedemeister Naschel, Kaufmann Katschinski, Gaiwith Spizer, Jos. Bender, Kaufmann, und den Grundstückbesitzer Laband. Ad II. Nachdem Herr Dr. Mattersdorf in einer längeren Rede vergeblich jede Erhöhung des Eintrittsgeldes zu bekämpfen gesucht, beantragte Herr Kämmerer Müller die Erhöhung von 10 auf 15 Sgr., indem der Redner zugleich durch wichtige Motive seinen Antrag der Versammlung gegenüber zu unterstützen wußte. Herr Bulvermacher stimmte für 1 Thlr., die Majorität dagegen stimmte auf Erhöhung von 20 Sgr. Herr Dr. Mattersdorf und Herr Weisler ergriffen nochmals das Wort, um Gründe gegen die Erhöhung geltend zu machen. Die Majorität entschied bei der Abstimmung nichts desto weniger auf Erhöhung des Eintrittsgeldes für neu zutretende Mitglieder auf 20 Sgr. — Ad III. Nach lebhaftem Hin- und Herdebatiren entschloß die Majorität dahin, die erste Einlage zur Sparlasse auf 15 Sgr. festzulegen, spätere Einlagen nach Belieben, jedoch nicht unter 2½ Sgr. leisten zu dürfen. — Ad IV. Die Mitteilung, die Zinsfüße für Einlagen auf 5 p. ct. für Ausleihen auf 10 p. ct. zu stellen, fand mehrheitlichen Widerstand. Herr Haberkern und Herr Kämmerer Müller sprachen dafür, Herr Schäfer und einige Andere dagegen. Der Vorsitzende beantragt Schlüß der Sitzung und soll bei der nächsten General-Versammlung darüber abgestimmt werden, ob die Zinsfüße von 5 p. ct. resp. 10 p. ct. angenommen oder abgeändert werden sollen.

### Handel, Gewerbe und Adlerbank.

Breslau, 29. August. [Amtlicher Producten-Börsen-Bericht.] Roggen (pr. 2000 Pf.) höher, gef. 3000 Ctr., pr. August 58 Thlr. bezahlt und Br. 57½ Thlr. Gld., August-September 54½ Thlr. Br., September-October 53 Thlr. Br., 52½ Thlr. Gld., October-November 50½ Thlr. bezahlt, Br. und Gld., November-Dezember 49½ Thlr. Gld., April-Mai 1868 49½ Thlr. Br.  
Weizen (pr. 2000 Pf.) gef. — Ctr., pr. August 79 Thlr. Br.  
Gerste (pr. 2000 Pf.) gef. — Ctr., pr. August 51 Thlr. Br.  
Hafer (pr. 2000 Pf.) gef. — Ctr., pr. August 44 Thlr. Br.  
Raps (pr. 2000 Pf.) gef. — Ctr., pr. August 93 Thlr. Br.  
Rübbel (pr. 100 Pf.) wenig verändert, gef. — Ctr., loco 10% Thlr. Br., pr. August und August-September 10½ Thlr. Br., September-October 10½ bis 10¾ Thlr. bezahlt, October-November 10½ Thlr. Br., November-Dezember 11 Thlr. bezahlt und Br., April-Mai 11½ Thlr. Br.  
Spiritus höher, gef. 10,000 Quart, loco 22½ Thlr. Br., 22½ Thlr. Gld., pr. August 22½—23 Thlr. Br., bezahlt, August-September 21½ Thlr. bezahlt und Gld., September-October 19½—20 Thlr. bezahlt und Br., October-November 18 Thlr. Br., November-Dezember 16½ Thlr. Gld., April-Mai 1868 16½ Thlr. bezahlt und Gld.  
Brot 6½ Thlr., spezielle Marken 6½ Thlr. Gld.  
Die Börsen-Commission.

### Schützen- und Turn-Zeitung.

L. Carlshof, 26. August. [102. Königsschießen.] Ein geleitet wurde dasselbe durch ein gestern Abend dem bisherigen Könige Hrn. Bürgermeister Elstein gebrachtes Standen. Heut Früh 8 Uhr versammelten sich die Schützen in dem Menagerie-Garten und nadjdem die Fahnen aus dem herzoglichen Schlosse abgeholt waren, marschierte das Schützenkorps, unter Vortritt seiner Musikkapelle in folgender Ordnung: Voran fünf hier wellende königl. preußische Fahnen, hierauf die Schützenfahne, mit ihrem Major Hrn. Wagenbauer Halama an der Spitze, woran sich die Ehrenmitglieder schlossen. Die Provinzial-Colonne bildete, mit Wein und Speisen beladen, ein herzoglicher Küchenwagen, denn Se. Hoheit der Herzog giebt, um den jeweiligen König die Kosten zu ersparen, das Frühstück. Auf dem Schießplatz angelommen, wurden vom derzeitigen Könige und seinen beiden Marschällen die üblichen 3 Schüsse gehauen, dann wurde zum Einhaugen in das Frühlingsfest geladen, bei welchem der Toast auf Se. Majestät den König vom Erbprinzen Eugen ausgebracht wurde. Nun begann das wirkliche Schießen, woran sich auch Se. Hoheit der Herzog, sowie der Erbprinz als auch Prinz Nicolaus, Königl. kais. österr. General, beteiligten. Letzterer hatte bis Nachmittag den besten Schuß, jedoch schoß ihn später der Schneidermeister Hr. Skiba ab, der auch König blieb. Damit auch die armen Kinder eine Freude haben sollten, ließ Se. Hoheit noch eine Summe Geld unter sie verteilen. Um 7 Uhr Abends war das Schießen beendet und der neue König, Herr Skiba, wurde, geführt von den beiden Marschällen, Prinz Nicolaus und herzoglichen Forstsecretär Hannesol, wie üblich, in seine Wohnung eingeführt. Nach erfolgtem Dank und Abgabe der Fahnen hatte das heitere Bürgerfest sein Ende.

### Telegraphische Depeschen.

Berlin, 29. Aug. An Stelle Delbrück's (Direction der 4. Abtheilung des Handelsministeriums) tritt provisorisch Freiherr v. Neck. (Vereits im gestrigen Mittagbl. gemeldet) Die „Nordd. A. Atg.“ warnt vor Auswanderungen nach Rusland. (Wolffs L. B.)

Augsburg, 29. August. Eine anscheinend offiziöse Münchener Correspondenz der Augsburger „Allg. Atg.“ sagt: Die Bildung eines Südbundes wurde von den süddeutschen Staatsmännern allerdings in Erwägung gezogen; der Anstoß ist jedoch weder von Österreich noch von Frankreich ausgegangen. (Wolffs L. B.)

Konstantinopol, 29. August. Der „Levante-Herald“ meldet: Der russische General Ignatiess wohnte dem am Dienstag unter dem Vorste des Sultans abgehaltenen Ministerrathe bei. Der Sultan überwandte dem Czaren Geschenke. (Wolffs L. B.)

Belgrad, 29. August. Der Fürst von Serbien ist angekommen. (Wolffs L. B.)

New York, 28. August. Grant protestierte gegen die Amtsentfernung Sheridan's. (Wolffs L. B.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 29. August, Nachm. 2 Uhr. [Schluß-Course.] Bergisch-Märkische 143%. Breslau-Freiburger 134%. Neisse-Brieger 94%. Kiel-Oderberg 68%. Galizien 88%. Köln-Windeln 140%. Lombarden 101%. Mainz-Ludwigsbahn 125%. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 93%. Oberl. Litt. A. 192%. Dößl. Staatbahn 62%. Oppeln-Tarnow 71%. Rheinisch 117%. Warschau-Stadt 62%. Darmstadt Credit 80%. Minerva 31½%. Österreich Credit-Aktion 73%. Schles. Bank-Verein 113%.

proc. Preuß. Anleihe 102%. 4½ proc. Preuß. Anleihe 97%. 3½ proc. Staatschuldsscheine 85%. Dößl. National-Anl. 54%. Silber-Anleihe 60%. 1860er Loos 68%. 1861er Loos 42%. Kästen-Anleihe 48%. Amerik. Anleihe 77%. Russ. 1866er Anleihe 93%. Russ. Banknoten 88%. Dößl. reichsdeutsche Banknoten 81%. Hamburg 2 Mon. 150%. London 3 Mon. 6. 24%. Wien 2 Monate 81%. Warschau 8 Tage 83%. Paris 2 Monate 81%. Russ. Poln. Schatz-Obligationen 63%. Poln. Pfandbriefe 57%. Baier. Prämien-Anleihe 98%. 4½ proc. Oberl. Prior. F. 93%. Schles. Rentenbriefe 91%. Böfener Creditsscheine 87%. Polnische Liquidations-Pfandbriefe 49%. Babenberger 5%.

Wien, 29. August. [Schluß-Course.] 5 proc. Metalliques 57. 60. National-Anl. 1860er Loos 84. 20. 1861er Loos 77. 20. Credit-Aktion 181. — Nordbahn 170. 50. Galizier 217. 50. Böhmi. Westbahn 146. 50. Staats-Eisenbahn-Aktion-Cert. 238. 20. Lomb. Eisenbahn 17. 25. London 125. 25. Paris 49. 50. Hamburg 92. — Russische 183. 50. Napoleon 80. 9. 97.

New-York, 28. August. Wechsel auf London 109%. Gold-Agio 42%. Bonds 113%. Illinois 119%. Erie 69%. Baumwolle 27%. Petroleum 27%. London, 29. August. Sch. bewölkt.

Berlin, 29. August. Roggen: aufgeregt. August 69. Septbr.-October 58%. Nov.-Dezbr. 55. April-Mai 54. — Rübbel: fest. Sept.-Oct. 11%. April-Mai 11½%. — Spiritus: fest. August 22%. Sept.-Oct. 22%. Nov.-Dezbr. 17%. April-Mai 17%. (M. Kurnil's L. B.)

Stettin, 29. August. [Telegr. Dep. des Bresl. Handelsbl.] Weizen fester, pro Aug. 99. Sept.-Oct. 82. Frühjahr 75%. — Roggen höher, pro Aug. 64. Septbr.-Oct. 58%. Oct.-Nov. 56. — Rübbel behauptet, pro Aug. 11. Sept.-Oct. 11. — Spiritus behauptet, pro Aug. 22%. Sept.-Oct. 21%. Oct.-Nov. 18%.

### Inserate.

**Die Fortschrittspartei zu Breslau**  
wählt Sonnabend, 31. August, im östlichen Wahlkreise  
(Osthauerhor-Sseite)

**Herrn von Kirchmann,**  
Appellations-Gerichts-Vize-Präsidenten a. D. zu Berlin;  
im westlichen Wahlkreise (Nikolaithor-Sseite)

**Herrn Ziegler,**

Oberbürgermeister a. D. zu Berlin.

**Wahl-Bureau,** Albrechtsstraße 6, im „Palmbaum“, 2. Etage, Zimmer Nr. 6 (Eingang von der Schuhbrücke), wird jede gewünschte Auskunft bezüglich der Wahlen ertheilt. [1484]

Unsere Vertrauensmänner haben sich in anerkanntenwerther Weise der Nähe unterzogen, jedem Wähler einen Stimmzettel nebst Information in die Wohnung zu befordern. Sollten demgegenüber Wähler den Stimmzettel nicht erhalten haben, so bitten wir, solchen auf unserem Wahl-Bureau oder am Wahltag von unserem Vertrauensmann vor dem Wahl-Local in Empfang zu nehmen.

**Vorstand und Comite des Wahl-Vereins.**

(Fortschrittspartei.)

**Fortschrittspartei.**

Gemäß den gesetzlichen Wahlbestimmungen ist es selbstverständlich, daß jeder Wähler auch nach Abgabe seines Wahlzettels berechtigt ist, im Wahllokal zu verbleiben und bei der Stimmenzählung anwesend zu sein. Wir ersuchen deshalb unsere Vertrauensmänner, das Resultat der Wahl nach Schluss derselben am Sonnabend Abend uns sofort im Saale des Hôtel de Silesie, Bischofsstraße, mitzuteilen. [1485]

**Vorstand und Comite des Wahlvereins.**

**An die Wähler von Breslau!**

Von der Versammlung derjenigen Wähler, welche im Sinne der nation alliberalen Partei zu wählen entschlossen sind, wurden als Reichstagscandidaten für Breslau aufgestellt und werden den Wählern empfohlen:

für Ost-Breslau (Osthauer-Sseite):

Rechtsanwalt Lent in Breslau;

für West-Breslau (Nikolaithor-Sseite):

Gerichts-Assessor Lasker in Berlin.

Am Wahltag werden Stimmzettel für unsere Candidaten vor allen Wahllocalen zu haben sein.

[1449] Das Comite.

**Wahlkreis Brieg-Namslau.**

Nachdem die Herren: Bauinspector a. D. Hoffmann (zu Görlitz, Landtagsabgeordneter für Brieg-Oslau), Rittergutsbesitzer Braune (auf Krichau, Kreis Namslau) und Stadtrath Weßmann (zu Brieg) sich verhindert haben, eine etwaige Wahl zum Reichstage des norddeutschen Bundes anzunehmen, ist zum Candidaten der liberalen Partei in einer Bürgerversammlung zu Brieg angenommen worden der

königliche Hauptmann a. D. v. D. Leeden in Berlin und wird allen liberalen Wählern in dem Wahlkreise als alleiniger liberaler Candidat vorgeschlagen. [1461]

**Wahlkreis Brieg-Namslau.**

Nach dem plötzlich erfolgten Tode des Herrn v. Schmiedeberg, der als Candidat für den Reichstag des norddeutschen Bundes aufgestellt war, hat der General-Landschafts-Director Herr Baron v. Sauerma auf Sterzendorf sich bereit erklärt, eine von ihm fallende Wahl zum Deputirten unseres Wahlkreises annehmen zu wollen.

Einer Empfehlung dieser Wahl bedarf es nicht, sie spricht für sich selbst! Dem im Kreise wäre der genannte Herr nicht bekannt, wer wählt nichts von seinem Tode für die realen Verhältnisse und praktischen Bedürfnisse unseres engeren und weiteren Vaterlandes, — nichts von seiner Treue gegen die Verfassung, — nichts von seinem g. jungen Urtheile über die notwendige Entwicklung deutschen Lebens, — kurz, nichts von seiner wahrhaft patriotischen Gesinnung?

Wähler des Brieg-Namslauer Wahlkreises, wählt

den General-Landschafts-Director,  
Baron v. Sauerma auf Sterzendorf.  
(ges.) v. Spiegel. Becker. v. Isenpits. v. Busse. Krell.  
Weise. Cretius. Worawa. [3510]

Gestern wurde ausgegeben: [1482]

**Schles. Landw. Zeitung, VIII. Jahrg., Nr. 35.**

Rebig. von Wilh. Janke. Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

Inhalt: Noch einmal vom Getreidepuppen. Von G. Dierig. — Der Wiesenbau im Großherzogthum Baden. Von Toussaint. — Ueber den Stand der Shorthornzucht. — Literatur. — Die Fortbildung der Landwirthschaft durch Lösen. — Ueber Maschinenprüfungen. — Journalschau. — Entgegnung. Von R. Rieger. — Provinzialberichte. — Auswärtige Berichte. — Vereins-News. — Bestveränderungen. — Wochentkalender. — Landwirtschaftlicher Anzeiger Nr. 35. Inhalt: Vereinswesen. — Amtliche Marktpreise. — Productenbericht. — Anzeigen.

Wöchentlich 1½—2 Bogen. — Vierteljährlicher Pränumerations-Preis 1 Thlr., durch die Post bezogen incl. Porto und Stempel 1 Thlr. 1 Sgr. — Inserate werden in der Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20, angenommen.

### Wähler!

Die unverkennbaren Bestrebungen des Auslandes, die nationale Einigung Deutschlands zu verhindern, machen es allen, welche ein starkes Deutschland wollen, zur gebieterischen Pflicht, für die erste Legislaturperiode des norddeutschen Reichstages nur solche Männer zu wählen, welche mit Vermeidung innerer Conflicte Hand in Hand mit dem Bundesrat die bewährte deutsche Politik unserer Regierung auf der Grundlage der Bundesverfassung zu unterstützen ernstlich gewillt sind. Dieser Wille ist aber bei denselben nicht vorauszusehen, welche in principieller Opposition gegen das norddeutsche Bundeswelt sich befinden, und deshalb erscheint die Wahl eines v. Kirchmann, eines Ziegler politisch unmöglich. Gegenüber solchen Vorschlägen ist es daher wahrlich an der Zeit, daß die hiesigen gemäßigten Parteien nutzlose Sonderstellungen aufzugeben und um der nationalen Sache willen sich vertragen.

Wir bieten die Hand zum thatlichen Ausgleich und empfehlen demgemäß zur Wahl

- für den westlichen Wahlkreis der Stadt den Herrn Oberbürgermeister Hobrecht zu Breslau,
- für den östlichen Wahlkreis der Stadt den Herrn Professor Dr. Kühn zu Breslau.

Zu Ersterem kann auch der conservative Parteigenosse das Vertrauen haben, daß er im Interesse freudiger Entwicklung der Volkswohlfahrt auf eine rasche Befestigung unserer Zustände hinwirken wird, und letzterer bietet Federmann, als Confessionsverwandter insbesondere auch den katholischen Wählern, die sichere Bürgschaft einer von nationalem Geiste getragenen, durchaus unabhängigen und objektiven Wirksamkeit. Beide Männer aber haben an jener glücklich überwundenen Opposition gegen die deutsche Politik unserer Staatsregierung niemals Theil gehabt.

Daher, und weil bei dem politischen Pflichtgefühl dieser Männer die Ablehnung eines von der Majorität der hiesigen Wähler ihnen übertragenen Mandats nicht zu fürchten ist, empfehlen wir diese Vermittelungsvorschläge mit der Bitte um vorurtheilsfreie Würdigung auf's Wahrste und entledigen uns hierdurch des in heutiger Versammlung national gesinnerter Männer uns gewordenen Auftrages. [1402]

Breslau, am 26. August 1867.

### Der Vorstand

des Königs- und verfassungstreuen Vereins.

Die Verlobung meiner Tochter Marie mit dem Kaufmann Herrn Leon Sontag beeindruckt mich allen Verwandten und Freunden anzusehen. Breslau, den 29. August 1867.

Bew. Johanna Pick, geb. Wiener.

Als Verlobte empfehlen sich:

Marie Pick.

Leon Sontag.

Breslau. [2039]

Die Verlobung unserer Tochter Johanna mit Herrn J. Glücksmann aus San Francisco, California, zeigen wir statt besonderer Meldung ergebnis an.

Gleiwitz, den 27. August 1867.

J. Pick und Frau.

Herrmann Frankel.  
Rosamunde Frankel, geb. Schwersensky.  
Neuvermählte. [2043]

Breslau, den 27. August 1867.

Die heut Morgen 8½ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau Bertha, geb. Tisch, von einem gesunden Knaben, beeindruckt mich Verwandten und Freunden ergebnis anzusehen.

Breslau, den 29. August 1867.

Adolf Bartlog.

Lieben Verwandten und Freunden die traurige Nachricht, daß es Gott gefallen hat, unsern lieben Gatten und Vater, den pers. Ges. Inspector Carl Brettschneider aus diesem Leben in ein besseres Jenseits abzurufen.

Salzbrunn, den 28. August 1867.

[3508] Die Hinterbliebenen.

Nach Gottes unerschöpflichem Rathschluß verließ sanft heute Morgen 7 Uhr mein thurer lieber Mann, der frühere Rittergutsbesitzer Herr Julius Cäesar Alberti in Folge eines langjährigen Herzubels auf einer Besuchstreise in Dresden. [2040]

Dies zeigt tief betrübt allen teilnehmenden Verwandten und Freunden statt jeder besondere Meldung an:

Die trauernde Gattin

Auguste Alberti, geb. Oldendorff.

Dresden, den 28. August 1867.

(Statt besonderer Meldung.)

Am heutigen Nachmittage um 3½ Uhr entschloß sanft nach langen Leiden meine geliebte Frau Auguste, geb. Sievert, was ich Verwandten und Freunden mit der Bitte um Hilfe-Zeitung hierdurch anzeigen.

Dresden, am 27. August 1867.

Friedrich Lucas.

Saison-Theater im Wintergarten. Freitag, den 30. August. Zum zweiten Male: Pariser Leben. Komische Operette in 4 Akten von Heilhac und Halevy. Musik von J. Offenbach.

Anfang des Concerts 4 Uhr. Anfang der Vorstellung 6½ Uhr. Nach der Vorstellung Fortsetzung des Concerts.

Humanität. Täglich Concert.

Entree 1 Sgr. [1299] A. Kuschel.

Belt-Garten.

Heute [768]

Grosses Militär-Concert, ausgeführt von der Kapelle des Schles. Feld-Art.-Regts. Nr. 6 unter Leitung des Kapellmeisters Herrn C. Englich. Anfang 7 Uhr.

Das Porträt des verstorbenen Hrn. Propst Schmidler ist im photogr. Atelier: W. Santer, Hummerei 26, zu haben.

Ich bin jetzt wieder in Schweidnitz anzutreffen. [3514]

Kluge, Zahnratzt.

Für eine [1476]

junge und reiche

Dame von Stand wird eine passende Partie gefunden. Vermögen ist gänzlich irrelevanter, Zugend und angenehmes Aussehen notwendig, höhere Lebensstellung oder Geburtsadel erwünscht. Näheres auf Franco-Brieze J. D. an das Annons-Bureau von Eugen Fort in Leipzig.

Carl Stangen's vierte und letzte diesjährige Gesellschafts-Reise nach Paris verlässt schon Dienstag, den 3. September, Früh 8 Uhr, Berlin. Einige Theilnehmer-Karten und Programme sind noch zu haben bei [1475]

Carl Stangen,

Berlin, Taubenstrasse 43, 2 Fr. vorn.

Geschlechtskrankheiten, Schwächezustände sc. heilt gründlich brieflich und in seiner Heilanstalt: [1991]

Dr. Nosenfeld, Leipzigerstr. 111 in Berlin.

Der Reuchhusten.

Großen Dan.

Durch die wunderbar heilsame Bräunetinctur

des Dr. Netich in Rauhaa bei Koblenz

wurden durch bloßes Bestreichen der Herzgrube meine 4 Kinder vom Reuchhusten und

Alle im Drie in 7 Tagen leicht geheilt. Jetzt

heilen wir damit durch dreimaliges Bestreichen

des Leibes die böse Brechruhr und Krämpfe.

Rittergutsbes. Steffen in Radow.

Zu Park- und Garten-Anlagen nach Planzeichnung empfiehlt sich der Kunst- und Land-

schlossgärtner H. Weidlich in Neisse. [1978]

Die auf der unterzeichneten Betriebs-Inspection vorhandenen Material-Abgänge sc. sc. sollen im Wege der öffentlichen Submission dem Meistbietenden überlassen werden.

Die Gebote hierauf sind portofrei und versiegelt mit der Aufschrift: "Offerte auf den Anfang von Materialien-Abgängen" bis zum 17. September d. J. Mittags an das Büro der unterzeichneten Betriebs-Inspection einzurichten.

Die Bedingungen und Radweisung sind im dieszeitigen Büro während der Dienststunden einzusehen.

Beuthen O/S, den 26. August 1867.

Königliche Betriebs-Inspection III. der Oberschlesischen Eisenbahn.

[1450]

[1491]

[1997]

Bekanntmachung.

Zum notwendigen Verkaufe des hier am

Waldchen Nr. 2 belegenen, im Hypotheken-

buche der Oberförsterei Band 10 Fol. 329 ver-

zeichneten, auf 5804 Thlr. 10 Sgr. 3 Pf. ab-

geschätzten Grundstückes haben wir einen Ter-

min auf

den 11. November 1867, Vorm. 11½ Uhr,

vor dem Stadt-Gerichts-Rath Fürst

im Zimmer Nr. 20 im 1. Stock des Gerichts-

Gebäudes anberaumt.

Taxe und Hypothekenchein können im Bu-

reau XII. eingesehen werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem

Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realsforde-

rung aus den Kaufgeldern Befriedigung su-

chen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei

uns zu melden.

Breslau, den 2. April 1867.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[1059]

Bekanntmachung.

Der Verlust der nachzeichneten vier Schle-

sischen Rentenbriefe Litt. A. über je 1000

Thlr. wird hierdurch zur Kenntnis gebracht:

Nr. 1887. 2882, 2883, 2884.

und die etwaigen Inhaber dieser Rentenbriefe,

sowie Alle, welche an dieselben ein Anrecht zu

haben vermeinen, werden hierdurch aufgefordert,

sich bei dem unterzeichneten Gericht sofort,

spätestens in dem auf

den 3. Mai 1868, Vorm. 11 Uhr,

vor dem Amtsgericht Lettgau, im Zimmer Nr.

47 im II. Stock des Stadtgerichts-Gebäudes

angesehnen Termine zu melden und ihre

etwaigen Rechte nachzuweisen, widrigensfalls die

Rentenbriefe für erloschen erklärt und dem

Verlierer neue an deren Stelle werden ausge-

setzt werden.

Breslau, den 1. April 1867.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[1483]

Nothwendiger Verkauf.

Kreis-Gericht zu Löben, den 28. Juni 1867.

Die dem Königlichen Hauptmann a. D.

Just gebürgten Grundstücke, nämlich:

das Bauergut Nr. 16 zu Ziebendorf, abge-

schätzt auf 10,080 Thlr.

das Bauergut Nr. 6 zu Ziebendorf, abge-

schätzt auf 6391 Thlr. 3 Sgr. 4 Pf.

das Aderstück Nr. 54 zu Ziebendorf, abge-

schätzt auf 964 Thlr. 22 Sgr. 6 Pf.

der Ader und Wiese Nr. 52 zu Kniegnitz,

abgeschätzt auf 563 Thlr. 11 Sgr. 8 Pf.

zu Folge der nebst Hypothekenchein in der

Registratur eingezahlenden Taxe sollen

am 8. Januar 1868, Vormittags 11 Uhr,

vor dem Herrn Kreis-Gerichts-Rath

v. Burgsdorff

an ordentlicher Gerichtsstelle in dem Sitzungs-

zimmer subhäftigt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem

Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realsforde-

rung aus den Kaufgeldern Befriedigung su-

chen, haben sich mit ihrem An-

spruch bei dem unterzeichneten Gericht zu melden.

Beuthen O/S, den 24. Mai 1867.

Königl. Kreis-Gericht. Ferien-Abtheilung.

[1493]

[1494]

Bekanntmachung.

In dem Concurre über das Vermögen des

früheren Schießhausdieners Carl Geissler

hier selbst ist zur Verhandlung und Beschlus-

fassung über einen Accord ein Termin

auf den 7. Septbr. 1867, Vormittags

10 Uhr, vor dem unterzeichneten Commissar,

Kreis-Gerichts-Rath Bernstein, im Ter-

minssimmer Nr. 3 unseres Geschäftslocales

anberaumt worden.

Die Beteiligten werden hieron mit dem

Bemerkten in Kenntnis gelegt, daß alle seitge-

stellten Forderungen der Concurre-Gläubiger,

somit für dieselben weder ein Vorrecht noch

ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder an-

deres Absonderungsrecht in Anspruch genom-

men wird, zur Theilnahme an der Beschlus-

fassung über den Accord einberufen.

Schweidnitz, den 21. August 1867.

Königl. Kreis-Gericht. Ferien-Abtheilung.

[1495]

Bekanntmachung.

In unser Firmen-Register ist sub laufende

Nr. 752 die Firma A. Gaertner zu Mittel-

Verlag von Eduard Trewendt in Breslau.

In allen Buchhandlungen zu haben:

**Schäffer, Jus.**, Kreisgerichts-Sekretär, Handbuch des gerichtlichen preußischen Stempelwesens. Eine systematische Darstellung der nach dem Erscheinen der Gerichtsstoffgesetze vom 10. Mai 1851 und 9. Mai 1854 bei den Königlich Preußischen Gerichten mit Aus schluss des Bezirkes des Appellationsgerichtshofes zu Köln noch zur Anwendung kommenden Vorschriften des Stempelsteuergesetzes vom 7. März 1822 mit den in Bezug auf dasselbe bis in die neuere Zeit ergangenen gesetzlichen, ministeriellen, obergerichtlichen und anderweitigen Bestimmungen und Entscheidungen des Obertribunals. Nebst Tabellen über die Berechnung der Stempelsätze. Zum praktischen Gebrauch für Gerichte, Rechtsanwalte und Notare, insbesondere für die mit dem Liquidiren und Revidiren der Kosten, sowie mit der Berechnung des Geschäftsstamps beschäftigten Gerichts-Beamten. gr. 8. 13 Bogen. Broschir. Preis 27 Sgr. [450]

**Bekanntmachung.** Seit Eröffnung der Gebirgsbahn-Strecke Hirschberg-Waldenburg habe ich mit Genehmigung der k. Ober-Post-Direction zu Liegnitz von Station Schildau eine besondere Personen-Beförderung nach hier eingerichtet und empfehle dieselbe zur geneigten Benutzung allen nach unserem schönen und romantischen Gebirgsthale Reisenden.

Die Abfahrt von Schildau nach Schmiedeberg erfolgt 30 Minuten nach Ankunft des Mittags 12 Uhr Schildau passirenden Dittersbach-Waldenburger Personen-Zuges. Das Personengeld beträgt 6 Sgr. Schmiedeberg, den 20. August 1867.

### F. Mattis,

Besitzer des Hotel zum goldenen Stern zu Schmiedeberg.

### Wiesenbau nach Vincent'scher Methode.

Wiesenbautechniker Meyer wohnt jetzt in Breslau, Vorwerksstraße 2. Pläne sind seit Juli entworfen für Herrn Jancoius-Al. Räudchen, Herrn Lieutenant Jaffé-Gr. Räudchen, Herrn Grafen Schulenburg-Triebisch, Postort Bojanowo; ferner bei Herrn von Nißwitsch-Ober-Altwoblau, Herrn Grafen Münster-Herrnholzeln, Herrn v. Gerlach-Wronschotzeln, Postort Wohlau, u. t. a. G. Baukosten: zwischen 15—25 Thlr., Ertrag: 40 Ctr. heu und mehr pr. Morgen. [2010]

### 1867er Mineral-Brunnen.

Von der iod- und schwefelhaltigen doppelt kohlensauren Natron-Quelle Krankenheil zu Töltz in Ober-Baiern empfing ich neuerdings frische Sendungen [1153]

Mineralwässer, sowie des daraus erzeugten Quellsalzes und Quellsalzseifen. Außerdem erhalte ich in ununterbrochener Zusendung direct von den Quellen:

Kissinger Käfer, Emser Krähen und Kesselbrunn, Homburger und Kreuznacher Elisabethbrunn, Pyrmont, Wildunger, Selter, Fachinger, Roisdorfer, Weilbacher, Schwabacher, Paderborner Brunnenbad, Lipp-springer, Spaa- und Bichy-Brunnen, Abelheidsquelle, Gleichenberger, Zwönitzer, Szczawniczka, Krynicaer, Karlsbader Sprudel-, Schloss-, Mühl-, Thereisen- und Marktbrunnen, Marienbader Kreuz- und Ferdinandbrunn, Eger Salzquelle, Franzensbrunn und Wiesenthaler, Biliner Sauerbrunn, Kissinger, Püllnaer, Saidshüher und Friedrichshaller Bitterwasser, Tastrzember und Gozalkowitzer Trinkfoole, wie alle sonstigen schlesischen und im Handel vor kommenden Mineralwässer.

Ich empfehle diese Gesundheitsbrunnen nebst echtem Karlsbader und Marienbader Sprudelsalz, Biliner, Emser und Bichy-Pastillen, sowie alle Arten Mutterlaugen und Badesalze nebst Schwefelleber und Stahlkugeln, sowie Cudowaer Laab-Essenz zur Wollbereitung zum Wiederverkauf wie einzelnen Abgabe.

Analysen und Brunnenschriften, soweit diese die Quellen abgeben, werden gratis verabreicht.

**Carl Friedr. Reitsch,** Kupferschmiedestr. 25, Stockhausen-Ede.

### Nothwendiger Verkauf.

Am 12. September e. Vormittags 11 Uhr, wird im hiesigen kgl. Kreis-Gerichts-Locale die zur R. Prager- u. Neumann'schen Concurs-Masse gehörige

### Glogauer Dampf-Knochen-Mehl-Fabrik

meistbietend verkauft. Das Etablissement ist allen Industriellen angelegenheit zu empfehlen; es erfreut sich vermöge seines vorzüglichen Fabrikats des besten Renommées und bietet außerdem durch seine günstige Lage — auf der einen Seite bart an der Oder, auf der andern Seite dicht am Schienenstrange der hiesigen Eisenbahn gelegen — den entschieden vortheilhaftesten Expeditionsplatz für Glogau. — Die erst vor einigen Jahren neu erbaute Fabrik enthält ein ausreichendes Stampfwerk, Knochenbrecher, 3 Mahlgänge, 1 Dampfer u. s. w. und wird durch eine noch sehr wenig abgenutzte Maschine (16 Pferdekraft) betrieben. Zum Etablissement gehört ferner ein unmittelbar daranstoßender umfangreicher, noch unbebauter Platz. — Die gerichtliche Taxe der Fabrik r. c. in Summa 14,527 Thlr. 16 Sgr. 5 Pf. liegt sowohl auf dem hiesigen Königl. Kreisgericht wie in meinem Comptoir zur Einsicht aus und bin ich gern bereit, jedem ernstlichen Reflectanten weitere Auskunft zu ertheilen und die Besichtigung des Etablissements zu vermitteln.

Glogau, 20. August 1867. Immanuel Landsberger, gerichtl. Verwalter im Prager- u. Neumann'schen Concuse.

### Die Breslauer Dampf-Knochenmehl-Fabrik

Michaelisstraße vor dem Oderthore, [773]

Comptoir: Neue Taschenstr., Ecke am Stadtgraben, offeriert feinstes gedämpftes Knochenmehl, Superphosphat, sowie ihre seit einer Reihe von Jahren bewährten Düngerpräparate, für deren reele und unverfälschte Qualität sie unter Angabe der Analyse Garantie leistet, ferner Guano mit 13 Procent Stickstoffgehalt, Gips, 1a. Staßfurter Abraum- und fünffach concentrirtes Kalisalz.

### Opitz & Comp.

Ein Regenschirm mit Futteral ist in der Droghie Nr. 246 gefunden worden. Ge- gen Erstattung der Insertionsgebühren bei C. Schneider, Sonnenstr. 4/5 abzuholen.

Diese vorzüglichste vegetabilische Abführungsmitte, ebenso auch als angenehm, ist das sicherste Medikament gegen Verstopfung, die hartnäckigsten Nervenschmerzen, Leberleiden und Schleim. Es ist probat bei Magenentzündung, Blutflözung, Asturz, Gangrän, Geschwür, Schmerzen, Flecken, Magne, Gicht und Rheumatismus. Der Werth des Gauvin'schen Pillen gelingt sich in folgenden Worten kurz aus:

### Cholera-Liqueur,

als Präparativ gegen Cholera-Tucht, Unbe- befinden und Unterleibskrämpfe, empfiehlt in gegenwärtiger Zeit als ein vorzügliches Hausmittel

### J. C. Hillmann,

Innernstraße 16. [1351]

### Geschäftsverkauf.

Mein in der lebhaftesten Geschäftsgegend in Görlitz gelegenes Papier- und Galanteriegeschäft ist wegen eingetretener Familienverhältnisse unter soliden Bedingungen sofort zu verkaufen.

Nähre Auskunft ertheilt auf portofreie Anfrage die Besitzerin Julie verw. Bertram.

Peterswaldau i. Schl. Kleemann, Wirtsch.-Director. [3486]

### Frankfurter Stadt-Lotterie.

Haupttreffer: 200,000 fl., 100,000 fl. r. c.

Die Ziehung 5. Klasse findet am

4. September d. J.

statt; die darauf folgende Schluss- und Haupt-

ziehung 6. Klasse beginnt am 5. October und

endigt am 28. October d. J. [3404]

### Original-Loope

für die vollständige Ziehung empfehlen wir

à 52 Thlr.; halbe à 26 Thlr.; Viertel à 13 Thlr.; Achtel à 6½ Thlr. Spielplan gratis.

Da der Fortbestand unserer Lotterie noch in

Frage steht, so ist dieselbe eine außerordent-

lich starke Verheilung zu erwarten und sind

deshalb Aufträge ohne Verzug einzufinden.

Die Remittierung der betreffenden Beträge wird

auf sichersten und billigsten durch Post-Gin-

zahlungen bewerkstelligt.

Moriz Stiebel, Söhne,

Wechsel- und Staats-Effecten-Geschäft

in Frankfurt a. M.

Zur Haupt- und Schlussziehung

der 5. Klasse 149ster

Hannoverscher Lotterie,

Ziehung vom 2. bis 14. September,

empfiehle [1015]

Ganze Loope, 29 Thlr. 20 Gr. Halbe

Loope, 14 Thlr. 25 Gr. und Viertel

Loope, 7 Thlr. 12½ Gr.

Königliche Haupt-Collection von

2. Isenberg in Hannover.

Bom 2. bis 14. Septbr.

Haupt- und Schluss-Ziehung letzter

Klasse Königl. preuß. hannoverscher

Lotterie. Hierzu sind noch Original-

lose: ganze: à 29 Thlr. 20 Sgr.

halbe: à 14 Thlr. 25 Sgr., vierst: à

7 Thlr. 12½ Sgr., zu bezahlen

durch die Königl. Haupt-Collection von

A. Molling in Hannover.

Geld-Angebot.

Geschäfts- und Privatleute können baare

Darlehen und Banco-Credit jeder Höhe

ohne Zwischenpersonen zu 3—5 % jährl. zur

Hypothek, gegen Inventarien, Versicherungs-

Policien, Waaren, Schuldcheine, Wechsel

und jede andere Sicherheit am günstigsten bei der

Credit Office 31 Valentine Road N. E. —

London E. (gegründet 1854) erhalten. Ge-

siche in Franco-Briefen. [1206]

Ein Teilnehmer mit einem disponiblen

Capital von 3000 Thalern wird für ein

Unternehmen außerhalb Breslau gefucht, durch

welches in Folge außergewöhnlicher Verhältnisse

nach circa Jahresfrist das angelegte Capital

auf den wenigstens zehnfachen Wert, wie

leicht nachweislich, gestiegen sein muß.

Reflectanten belieben ihre Adressen unter

R. E. R. 131 poste restante Breslau einzuh-

alten. [2045]

Ein Spezialist für Cloaken r. c. à Pf. 1 Sgr.

in ganzem alles billiger,

in der chemischen Producten-Handlung von

O. Wurm, Nikolaistr. 16.

Ameldungen

zum Unterricht in einfach und doppelt

italienischer

Buchführung

und laufm. Rechnen, nehme ich täglich

Morgens von 8—9, Mittags von

1—3 Uhr entgegen.

B. Baginsky, Neuschestr. Nr. 38.

Ein Ober-Secundaner, Gymnasiast, wünscht

Unterricht und Nach, in Gymnas.-Jährern

zu erh. Offerten sub A. 45 übernimmt die

Expedition der Breslauer Zeitung. [2041]

Ein Mädchen wünscht bei Herrschaften im

Schneidern und Ausbessern Beschäftigung.

Oblauer-Stadtgraben 16, par terre links.

Eine gute Kochköchin sucht zu Michaeli in

seinem neuen Hause ein Unterkommen.

Näheres Neudorf-Commece Nr. 24 bei

[2044] Frau Donner.

Ein Commiss (Specerist), gewandter Ver-

käufer, mit guten Zeugnissen, wird zum

1. October e. gesucht. Das Nähere unter

H. N. 47. in der Expe. dieser Zeitung. [2048]

Für ein Mode- und Manufakturwaren-Ges-

chäft in einer größeren Provinzialstadt

Schlesiens wird ein Commiss und ein Lehr-

ling gesucht. Näheres bei

Jacob Lewy & Co., Blücherplatz 6/7. [2053]

Die Breslauer Börse vom 29. August 1867. Amtliche Notirungen.

Wihl.-Bahn. 14

do. 4½ —

do. Stamm. 5 —

do. do. 4½ —

Ducaten ... 97½ B.

Louisd'or ... 110½ G.